Der „Lübecker Volksbote" erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 80 Mk. Einzelverkaufspreis 4,00 Mark.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 12,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 11,00 Mark, Reklamen 45,00 Mark. Beilagengebühr 1000 Stck. 225 Mk.
Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.
Fernruf: 926.

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Lübecker Volksbote

Nummer 227. Donnerstag, 28. September 1922. 29. Jahrgang.

Der Hexenkessel am Balkan.

Revolution in Griechenland.

Der König dankt ab!

Die politische Entwicklung in Griechenland nimmt den Verlauf, der nach der katastrophalen Niederlage der griechischen Orientarmee zu erwarten war. Eine Revolution hat zum zweitenmal König Konstantin hinweggefegt, und mit ihm ist das bestehende Ministerium verschwunden, das erst seit einigen Wochen seinen Platz innehatte und von vornherein als Uebergangskabinett anzusehen war. Es ist anzunehmen, daß auch diesmal der greise Politiker Venizelos die Nachfolge Konstantins antreten wird. Während Konstantin seine Hauptstütze in England suchte und fand, hat Venizelos seine Hintermänner in Paris. Im übrigen ist nicht anzunehmen, daß sich der Kurs in Griechenland wesentlich ändern wird. Ob Radikale, Demokraten oder Konservative: **Nationalisten und Imperialisten sind die Politiker in Griechenland alle,** und den Traum von einer Eroberung Konstantinopels wird man wahrscheinlich insgeheim auch weiter in Athen fortträumen. Vorläufig allerdings hat Kemal Pascha der Verwirklichung dieses Traumes einen Riegel vorgesetzt. Seine Truppen stehen marschbereit im Vorfeld von Konstantinopel. Die alttürkische Regierung von Konstantinopel, die vollkommen im Banne der Entente und vor allem Englands steht, bereitet sich darauf vor, dem ungekrönten Kaiser der Osmanen, Kemal Pascha, Platz zu machen. Zwar sperrt sich England vorläufig noch, dem siegreichen Kemal einen bewaffneten Einzug in Konstantinopel zu gewähren, aber es handelt sich wohl nicht um viel mehr als um ein Rückzugsmanöver, nachdem die englische Regierung auf der Orientkonferenz in Paris den Forderungen Kemal Paschas in allen wichtigen Punkten nachgegeben hat. Zwar ist die Lage vorerst noch nicht ganz durchsichtig, und man kann damit rechnen, daß England auf der großen Orientkonferenz, an der wiedersinnigerweise zwar Japan, Jugoslawien und Rumänien, nicht aber die an der Dardanellenfrage interessierten Mächte, Bulgarien und Rußland teilnehmen sollen, versuchen wird, seine Zugeständnisse an die neutürkische Regierung in verschiedenen Punkten einzuschränken. Aber so viel ist doch schon klar, daß die Türken wieder Herr Konstantinopels sein werden und daß ihnen auch das europäische Hinterland von Konstantinopel, Ost-Thrazien bis zur Maritzagrenze mit Einschluß Adrianopels, in irgend einer Form zugesprochen werden wird. Wenn Kemal Pascha noch zögert, auf diese in der Pariser Konferenz angebotenen Bedingungen einzugehen, so ist das wohl auf ein gewisses Mißtrauen in die aufrichtigen Absichten Englands zurückzuführen, und wenn England seinerseits verhältnismäßig erhebliche Truppenansammlungen am Marmara-Meer veranstaltet, so liegen dem ähnliche Gefühle Kemal Pascha gegenüber zugrunde, daß es aber zu einem bedeutsamen bewaffneten Zusammenstoß zwischen England und den jungtürkischen Kräften kommen sollte, bleibt trotzdem unwahrscheinlich, da beide Parteien nicht an der Tatsache vorübergehen können, daß ein gewaltsamer Zusammenstoß Komplikationen auf dem Balkan wahrscheinlich machen würde, die der Ausgangspunkt eines Ringens sein könnten, dessen Ende nicht abzusehen wäre.

*

Konstantin von Griechenland (ein Schwager Wilhelm II.) hat bereits einmal den Thron verlassen. Es war im Jahre 1917, als die Entente seinen Widerstand gegen eine Beteiligung am Weltkrieg brechen wollte. Nach dem Kriege ist Konstantin Ende 1920 wieder von seinem Volk zurückgerufen worden. Nun ist er das zweitemal ein Opfer der Balkandiplomatie der Entente geworden. Nun soll der Kronprinz König werden.

*

Die aus Athen eintreffenden, anscheinend von der Zensur gekürzten Meldungen über die revolutionäre Bewegung in Griechenland lauten widersprechend. Wie die Blätter melden, hat sich die Bewegung aus dem Landheer und den Flottenhauptquartieren in Mytilene und Chios nach allen Richtungen über Griechenland ausgebreitet. Bisher ist die Revolution ohne Blutvergießen verlaufen. Schiffe mit Truppen sollen auf dem Wege von Mytilene und Chios nach dem griechischen Festlande sein. In ganz Griechenland sei der Belagerungszustand verkündigt. Wie aus Athen berichtet wird, ist die griechische Flotte zu den Revolutionären übergegangen.

*

Neue Differenzen zwischen Kemal und England.

TU. London, 28. September.

Das Auswärtige Amt veröffentlicht Ausführungen Kemal Paschas, die ungefähr folgendermaßen lauten: Der Sieg der türkischen Truppen hat die Meerengen bereits in unsere Hand, zum mindesten aber unter unseren Einfluß gebracht. Es ist daher nur recht und billig, daß wir auf der Ueberschreitung der Dardanellen bestehen und die Verfolgung des in Kleinasien geschlagenen Feindes fortsetzen, da dieser sich in Thrazien reorganisiert. Eine indirekte Kontrolle der türkischen Hauptstadt ist für uns unerträglich. Die sogenannte neutrale Zone ist garnicht neutral, sondern dient nur dem Schutz der britischen Armee. Die gegenwärtige englische Regierung greift zu jeder Initiative, um die anderen Mächte zu täuschen, und wenn die britische Nation ihre Politik noch länger in der Hand von Staatsmännern vom Schlage des Lloyd Georges läßt, so wird das Fundament des britischen Imperialismus erschüttert.

Es scheint sich zu bestätigen, daß Kemal Pascha die Annahme der an ihn ergangenen Einladung zu einer Friedenskonferenz an vier Bedingungen geknüpft hat: 1. Teilnahme von Rußland und Bulgarien. 2. Befestigung der Marmaraküste und gewisser Punkte in Thrazien. 3. Vorläufige Ablehnung der Entmilitarisierung der Dardanellen. 4. Einstellung der englischen Truppensendungen.

Kemal auf dem Marsche nach Norden.

TU. Rom, 28. September.

Nach einem Bericht des „Corriere della Sera" aus Smyrna haben die Türken nunmehr die strengste Paßkontrolle über landende und abfahrende Fahrzeuge eingerichtet. Das Gros des türkischen Heeres in Stärke von 40 000 Mann marschiert in drei Kolonnen nordwärts ab. Kemal, der sich noch in einem Villenvorort befindet, bereitet selbst den Aufbruch vor und ersucht alle Deputationen, die ihn aufsuchen wollen, ihn nordwärts, also bei Konstantinopel, aufzusuchen.

Die englischen Flottenkonzentrierungen.

TU. Paris, 27. September.

Der „Matin" meldet heute aus London, daß sich die Flotte der neuesten und gewaltigsten Kriegsschiffe, die von der britischen Admiralität den Befehl erhalten hat, Malta und Gibralta zu verlassen, um sich nach dem Orient zu begeben, aus fünf Ueberdreadnoughts, fünf leichten Kreuzern und fünf Zerstörern zusammensetzt. Gleichzeitig meldet das Blatt, daß drei Ueber-Dreadnoughts, ein leichter Kreuzer und eine Zerstörungsflottille in Malta erwartet werden, um ebenfalls nach dem Bosporus abzugehen.

Nervosität in London.

TU. Haag, 28. September.

In London nimmt die Nervosität über das Ausbleiben einer Antwort Kemal Paschas auf die Einladung der Pariser Konferenz wieder zu. Es wird die Vermutung geäußert, daß es Sowjetrußland versuche, Kemal Pascha von einer versöhnlichen Antwort auf die Pariser Anfrage zurückzuhalten. An allen europäischen Börsen fällt das englische Pfund in stärkerem Grade als die Valuten aller anderen alliierten Großmächte, die militärische Maßnahmen unterlassen wollen.

Die zweite Internationale zu den Orientwirren.

VTB. London, 27. September.

Das Bureau der zweiten Internationale veröffentlicht eine von Henderson, Tom Shaw, Coswig und Ramsay Macdonald unterzeichnete Erklärung über die Lage im nahen Orient. Es heißt darin, es würde ein unerhörtes Verbrechen gegen die Menschheit sein, wenn neue Feindseligkeiten begännen. Es wird die Einsetzung eines Schiedsgerichts durch den Völkerbund gefordert. Weiter wird verlangt, daß die Türkei, Rußland und Deutschland den gleichen Einfluß wie die anderen Nationen haben sollten. Deutschlands wirtschaftliches Interesse im Orient gewähre ihm das Recht auf einen Platz am Tische der Unterhändler.

Dollar 1700—1800.

Statt der erwarteten und durch die Verhältnisse berechtigten Abschwächung der Devisenkurse ist eine neuerliche Steigerung eingetreten, nachdem sich einige Zeit der Dollar auf einer Basis von etwa 1400 Mark stationär gehalten hatte. Diese Bewegung setzt sich fort. An sachlichen Momenten, die eine derartige neuerliche Erhöhung rechtfertigen könnten, fehlt es durchaus, es sei denn, daß die unsichere Entwickelung im Orient, die auf die Börsentendenzen in London und Neuyork deprimierend einwirkte, dort auch die Stimmung für die deutsche Mark verschlechtert hat. Im wesentlichen scheint es sich aber um nichts anderes als um ein neues Aufflammen des tiefgehenden Valutapessimismus in gewissen Kreisen zu handeln, der vielleicht nicht nur auf die allgemeinen politischen und finanzpolitischen Auffassungen sich stützt, sondern auf dem halbbewußten Untergrunde einer Furcht vor Senkung des in der letzten Zeit ungebührlich in die Höhe getriebenen Preisniveaus ruht.

Am Effektenmarkte setzte sich das lebhafte Geschäft der letzten Tage weiter fort. Besonders gesucht sind Valutapapiere, Auslandsrenten, Inlandspapiere, bei denen größerer ausländischer Sachwertbesitz in Frage kommt, Petroleum-Aktien und westdeutsche Montanpapiere. Außerdem spielt bei der Beurteilung der Effekten augenblicklich die Frage eine große Rolle, ob die betreffenden Unternehmungen direkt oder indirekt für Wiederaufbaugeschäfte mit Frankreich in Frage kommen. Aus diesem Grunde wendet die Börse ihr besonderes Interesse verschiedenen Baugesellschaften sowie allen Unternehmungen der Zement-, Holz-, Eisen- und sonstigen Baustoffindustrien zu.

Wilhelm als Märchenerzähler.

Seit einigen Tagen wird die Welt mit Bruchstücken aus den „Erinnerungen" des jetzigen Schloßherrn von Doorn unterhalten, die demnächst als Buch erscheinen sollen, der Valuta halber schon vorher an das Ausland verhökert worden sind. Was bisher aus dem mit allen Mitteln der Sensationsmache angekündigtem Buche des verflossenen Himmelsinstrumentes veröffentlicht wurde, ist allerdings nichts weiter als ein erhabenes Gemisch von Rührseligkeit, Langerweile und öder Nachäfferei seiner Vasallen in Generalsuniform oder deutschmonarchistischen Schreibstuben. Der Mann, der einstmals die Welt durch seine schnarrenden Reden in Aufregung zu versetzen vermochte, zeigt sich als Schriftsteller auf der Höhe eines Kleinbürgers. Nicht nur als Schriftsteller. Auch soweit politische Urteile unterfließen, bewegen sie sich durchaus auf dem Niveau eines General-Anzeiger-Lesers.

Natürlich vergißt Wilhelm bei seinem Geschreibsel auch die Sozialdemokraten nicht, die er so oft mit unflätigen Redensarten bedacht hatte. Wer erinnert sich noch des Ausspruchs, daß die Sozialdemokraten **eine Rotte von Menschen seien, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen,** der Aufforderung, **an die Sozialdemokraten, den Staub von den Pantoffeln zu schütten.** Und wie behandelte der Gottähnliche einmal die Berliner Stadtverordneten, als sie seinem bornierten Willen nicht gleich ergeben waren? Er ließ in Stein den Satz meißeln: „Was für Kamele die Vertreter unserer größten Stadt; keine 300 000 Mark — ruppig, ruppig!" Nun kommt dasselbe Männchen, das einst mit seinem großen Mundwerk die ganze Welt verschlucken wollte, und der Erste war, der austriß, nachdem er das Volk in Not und Tod gesetzt, und wagt es weit vom Schuß, die längst als verlogen erwiesene Behauptung vom Dolchstoß erneut aufzustellen. Wilhelm spricht über „seine" soziale Gesetzgebung, erzählt einige Beispiele praktischer Fürsorge und weist darauf hin, daß sich die Engländer sehr spät für die deutsche Sozialreform interessiert haben. „Die Einkreisungspolitik zur Vernichtung Deutschlands, vor allem seiner Industrie und damit seiner Arbeiterbevölkerung, war ihnen viel wichtiger und lohnender. Am 9. November 1918 schlossen sich die radikalen **deutschen Sozialistenführer mit ihrer gleichgearteten Gefolgschaft diesem britischen Vernichtungswerke an."** So hat denn die einfältige Dolchstoßlegende auch in den kaiserlichen Memoiren seinen Platz gefunden, wie zu erwarten war. Nur ist die Begründung durch Wilhelm noch dummer als die Fabel seiner Anbeter.

Wie grenzenlos naiv Deutschlands Lenker der Geschicke war, ergibt sich weiter aus seiner oben angeführten Auffassung über die Sozialpolitik. Selbst die „Voss. Ztg." muß zugeben, daß Wilhelm Sozialempfinden mit Wohltätigkeit verwechselt — vom Sozialrecht ganz zu schweigen — und daß erstaunt ist, daß die Arbeiter trotzdem Sozialisten geblieben sind.

Wer das Kapitel über die sozialen Bestrebungen liest, wird immer mehr erstaunt, mit welcher Spießbürgerweisheit der einstige „Landesherr" über soziale Probleme spricht. Etwa so:

> Der Landesherr muß aber stets das Gesamtwohl im Auge haben und deshalb bin ich meinen Weg unbeirrt weitergegangen. Diejenigen Arbeiter andererseits, die blindlings den sozialistischen Führern folgten, haben mir keinen Dank für den ihnen geschaffenen Schutz und für meine Arbeit gezollt. Uns trennt der Wahlspruch der Hohenzollern: „Suum cuique", d. h. „Jedem das Seine", aber nicht, wie die Sozialdemokraten wollen: „Allen dasselbe!"

Im übrigen ist der Raum dieses Abschnittes vorwiegend von einem Lorbeerkranz ausgefüllt. Dem Kranz nämlich, den sich die Arbeiter der Vulkanwerft „als eine kleine Freude selbst ausgedacht haben" für ihren Kaiser, der, noch als Prinz, auf dem Umweg über Bismarck Aufträge für die zugunsten Englands vom Lloyd vernachlässigte Werft verschafft hatte. **„Damals wußte die deutsche Arbeiterschaft noch den Segen der Arbeit zu schätzen",** so schließt der Absatz.

Was muß der Mann für eine Vorstellung von den Bestrebungen der Sozialdemokratie gehabt haben, die er Zeit seines Lebens bekämpfte und beschimpfte, ohne auch nur den Versuch zu machen, in die Gedankengänge dieser großen gesellschaftlichen Bewegung einzudringen!

Von sich selbst überzeugt wie je, spricht er auch in seinen Erinnerungen immer nur von seiner sozialen Gesetzgebung. Er hatte sicher keine Ahnung davon, daß schon vier Jahre vor seinem Amtsantritt der „Granitfindling" vor dem Reichstage erklärt hatte, daß auch das bißchen sozialer Fortschritt, das bis dahin erzielt war, nicht zu verzeichnen gewesen wäre, wenn wir nicht die Sozialdemokratie hätten und eine große Menge, die sich vor ihr fürchtete." Daß also, um es in anderen Worten zu wiederholen, die Tatsache der Existenz der Sozialdemokratischen Partei erst Anregung und Förderung für die soziale Gesetzgebung des Staates gegeben hatte.

Wilhelm, der schon von Natur an starker Selbstüberschätzung litt, dem dazu das „Gewürm" dauernd Loblieder auf seine Intelligenz und seine „Herrschertugenden" sang, Wilhelm bildet sich ein, daß er den Arbeitern Schutz geschaffen habe. Er gleicht darin jener Fliege, die dem schlafenden Menschen auf der Nase saß und sich einredete, sie sei die Beherrscherin der Welt. . . .

Wilhelm fühlt weiter das Bedürfnis, noch nachträglich seinen Konflikt mit Bismarck vor der Welt zu rechtfertigen. Breit und umständlich erzählt er, wie er vor „Dankbarkeit und Verehrung für den großen Kanzler" überfloß, daß er der „Generation der Bismarck-Verehrer" angehört habe und glücklich gewesen ist, unter Bismarck als Prinz im Auswärtigen Amt, wie er sagt, „arbeiten" zu können. Wie damals allerdings ausmäs-

tige Politik im Auswärtigen Amt gemacht wurde, darüber entfährt dem Schloßherrn von Doorn folgendes amüsante Geständnis:

Im Auswärtigen Amt ... befanden sich nur ausführende Organe eines Willens, die, über die großen Zusammenhänge der ihnen zur Bearbeitung überwiesenen Fragen nicht orientiert, keine selbständige Mitarbeit leisten konnten. Der Fürst lagerte wie ein mächtiger Granitfindling auf der Wiese: wälzt man ihn fort, so findet man hauptsächlich Gewürm und abgestorbene Wurzeln darunter. . . . .

Als Wilhelm Kaiser wurde, wollte er natürlich weder zum Gewürm noch zu den abgestorbenen Wurzeln gehören. Er hat den „Granitfindling" alsbald entfernt, um seine eigenen „überragenden" Ideen von hoher Politik zur Geltung bringen zu können. Es wirkt geradezu erschütternd, mit welcher Naivität der einst so anspruchsvolle Mann die Lobsprüche registriert, die ihm von anderer Seite ausgesprochen wurden. Im Jahre 1890 nahm er an den russischen Manövern in Narwa teil, wie er sagt, um den „Befehl" seines Großvaters auszuführen, der ihm die Pflege der Beziehungen zu Rußland ans Herz gelegt hatte. Dabei ließ sich der Zar Alexander III. von seinem jungen deutschen Kollegen genau Bericht erstatten über den Konflikt mit Bismarck. Nachdem er ihn ausgehorcht, drückte er ihm biedermännisch die Hand und versicherte ihm:

„Der Fürst war trotz all seiner Größe **schließlich doch nichts anderes als Dein Beamter oder Beauftragter.** In dem Augenblick, wo er sich weigerte, nach Deinen Befehlen zu handeln, mußte er entlassen werden.... Ich habe Vertrauen zu Dir. Du kannst Dich auf mich verlassen."

Man kann sich denken, wie solcher Lobspruch aus dem Munde des Selbstherrschers aller Reußen dem eitlen Selbstherrscher aller Preußen wohltat. Bis in die letzten Jahre seiner unheilvollen Regierungstätigkeit hat er ja die Liebedienerei gegen den Zarismus fortgesetzt, mit welcher Wirkung ist bekannt. In seinen Erinnerungen sucht er allerdings nicht seine Politik des Herausforderns und der Arroganz, sondern den Berliner Kongreß von 1878 für den Weltkrieg verantwortlich zu machen, insofern, als damals Bismarck durch diesen Kongreß den Zaren an der Ausnützung des russischen Sieges über die Türkei gehindert und dadurch den Keim für die Revancheidee in Rußland gelegt habe.

Und nun, da alles schief ging, weil Wilhelm und seine Schweifwedler weder Maß noch Ziel kannten, soll die Sozialdemokratie schuld sein. Eine saubere Gesellschaft diese Gottgesandten!

Der Abrüstungsbericht im Völkerbund.

TU. Genf, 28. September.

Die gestrige Vollsitzung des Völkerbundes führte die Debatte über den Bericht der Abrüstungskommission zu Ende und nahm die einzelnen Abschnitte des Berichtes einstimmig an. Bemerkenswert an der Debatte ist die wachsende Opposition innerhalb der verschiedenen Delegationen gegen die chauvinistische Rede des Franzosen Jouvenel. Während vorgestern bereits der englische Delegierte Fisher erklärte, er wisse nicht, ob er mit Jouvenel immer auf die gleiche Weise übereinstimmen werde, erklärte auch gestern der Australier Cook, die Rede Jouvenels habe ihn enttäuscht. Cook bezeichnete die Abrüstungsfrage als das wichtigste Problem, bemängelte aber auch, daß alles zu langsam vor sich ging und daß die Staaten, die sich am meisten mit Rüstungen beschäftigten, zuerst mit der Abrüstung beginnen und vorangehen müßten. Deutschlands Abrüstung sei durch den Versailler Vertrag erzwungen worden und Deutschland habe jetzt 1 Million Soldaten der Produktion zugeführt. Dadurch sei Deutschland im Vorteil gegenüber den Staaten, die durch ihre Rüstungen ihre wirtschaftliche Lage beeinflussen. Wenn die Reparationsfrage einmal gelöst sei, so würde man sehen, welche Vorteile man aus dieser erzwungenen Abrüstung habe. Australien habe aus eigener Initiative abgerüstet und auch England habe stark seine Rüstungen herabgesetzt. Nun müßten die anderen Staaten folgen.

Nach Cook wandte sich Lord Robert Cecil gleichfalls gegen die Rede Jouvenels. Der Franzose habe von dem kriegerischen Geist in Deutschland gesprochen. Gewiß gebe es wie in allen anderen Staaten auch in Deutschland Militaristen, aber die Völker in der überwiegenden Mehrheit seien nicht nur in den Ländern des Völkerbundes friedlich gesinnt, sondern auch in Deutschland und Rußland. — Branting-Schweden vertrat den Standpunkt der skandinavischen Völker, die eine Abrüstung ohne Garantieverträge wollen. — Der Vertreter Polens hoffte sehr viel von der Lösung der Abrüstungsfrage. — Abschließend erklärte Präsident Edwards, daß die Annahme des Abrüstungsberichtes einen wesentlichen Schritt vorwärts auf dem Wege zum Weltfrieden bedeute.

Zweiter internationaler Demokratentag.

Wien, 27. September.

Gestern abend wurde der zweite internationale demokratische Kongreß, der bis zum 2. Oktober in Wien tagt, durch den Präsidenten, den französischen Abgeordneten Marc Sangnier, eröffnet. Neben Marc Sangnier hatten am Präsidium u. a. Platz genommen: für Oesterreich Präsident Weißkirchner und für Deutschland der Reichstagsabgeordnete Heile. Es waren etwa 20 Staaten mit ungefähr 300 Delegierten vertreten, darunter auch Dänemark und Holland. Besonders stark war die Teilnahme von deutscher, österreichischer und französischer Seite. Nach einer Begrüßung durch Präsident Weißkirchner sprach Marc Sangnier unter lebhaftem Beifall über die Aufgaben und Ziele des Kongresses, als welche er die Verständigung und Zusammenarbeit der Völker bezeichnete. Professor Redlich, als Vizepräsident der österreichischen Völkerbundliga, hob die Verdienste Marc Sangniers um die friedliche Verständigung unter den Völkern hervor, ohne die die Wiederaufrichtung der Welt unmöglich sei, und wies darauf besonders auf die unglückliche Lage Oesterreichs als Schulbeispiel für das gegenwärtige europäische Problem hin. Abgeordneter Heile betonte den Friedenswillen der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes und trat für den Zusammenschluß der Völker Europas auf Grund der Macht, des Rechts und der Gerechtigkeit ein.

Ein kommunistisches Monte-Carlo.

Der Moskauer Sowjet hat den Garten „Erimitage" als Kasino an Privatunternehmer verpachtet, die dem Sowjet einige Trillionen Rubel als Pachtsumme zahlen. Das ist eine gewöhnliche Spielhölle, in der trotz des Dekrets vom 11. August dieses Jahres, das alle Hasardspiele aufs strengste verbietet, wahre Spielorgien stattfinden. Roulette ist auch vorhanden. Es werden allnächtlich **Hunderte von Milliarden im Spiel umgesetzt, das bis 10 Uhr morgens dauert.** Die Einrichtung ist die in diesen Lokalen übliche. Alle nötigen „Akzessorien" (Zugehörigkeiten zum Schlemmerleben) sind vorhanden.

Dem Kasino werden 50 stark bewaffnete **Rotarmisten als Bewachung und zum Schutz gegen Ueberfälle** zur Verfügung gestellt. Die Aufhebung des Dekrets vom 11. August für dieses Unternehmen ist von Kamenew selbst und andern Moskauer Regierenden erwirkt worden. Auf alle Vorwürfe in dieser Beziehung wird geantwortet, **daß nur auf diese Weise das Budget Moskaus sichergestellt werden kann.** Nicht umsonst gibt der Rechenschaftsbericht der „Hungerhilfe" an, daß von 80½ Milliarden für die Hungernden allein **70½ Milliarden in Spielhäusern und bei den Totalisatoren gesammelt sind.**

Deutsch-französischer Montantrust.

„Journee-Industriell meldet, daß zwischen Stinnes und dem französischen Großindustriellen Bernhardt eine Verständigung auf folgender Grundlage erzielt werden soll:

Der Bau der deutschen Hütte, die als Ersatz für die Elsaß-Lothringischen Hütten im Reichsland errichtet werden sollen, wird eingestellt. Die deutschen Hütten erhalten nach Ablauf der Versailler Verpflichtungen zur Erfüllung deutscher Reparationslasten eine bestimmte Menge von Ruhrkoks. Die deutsche Industrie erhält zum Vorzugspreise eine bestimmte Menge von Halbfertigfabrikaten der Lothringer Hütten Hagendingen, Kneutingen und Rombach. An diesen Hütten wird deutsches Kapital beteiligt. Es ist in Aussicht genommen, daß ein Viertel des Betriebskapitals deutsch sein kann. —

Die Verhandlungen sollen während der bevorstehenden Reise der deutschen Großindustriellen in die zerstörten Gebiete perfekt werden. Die Geschäftsreise wird sich also genau so lohnen wie seinerzeit die Herstellung der Zerstörungsmittel.

Nachwahlen in Oberschlesien.

Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten wurde bestimmt, daß die Wahlen zum Reichstag in Oberschlesien am 19. November stattfinden. Mit der Reichstagswahl werden nach Anordnung des preußischen Staatsministeriums die Wahlen zum preußischen Landtage und zum Provinziallandtage der Provinz Oberschlesien verbunden. Die näheren Vorschriften werden für die Reichstagswahlen vom Reichsminister des Innern, für die Landtagswahlen und die Provinziallandtagswahlen vom preußischen Minister des Innern erlassen. Eine Veröffentlichung der Verordnungen steht unmittelbar bevor.

*

Bei den Wahlen zum Polnischen Sejm in Polnisch-Oberschlesien erhielten: der Nationale Block Korfantys 16 Mandate, die Polnische Sozialdemokratische Partei 9, die Partei Rymer 8, die Katholische Volkspartei 4, die Deutsche Partei 5, die Deutsche Sozialdemokratie 2 Mandate.

Tschitscherins Abreise aus Berlin.

Ohne Rußland keine Lösung der Orientfrage.

TU. Berlin, 28. September.

Der russische Volkskommissar Tschitscherin, hat gestern abend Berlin wieder verlassen, nachdem er sich vier Monate zur Wiederherstellung seiner Gesundheit hier aufgehalten hat. Dem Vertreter der Telegraphen-Union sagte Herr Tschitscherin bei seiner Abreise:

„Ich bin meinen neuen und alten deutschen Freunden tief dankbar für die herzliche und innige Freundlichkeit und die guten Gefühle, die sie mir bezeigten. Ich verlasse Deutschland mit den schönsten und angenehmsten Erinnerungen und hege die besten Hoffnungen für die Weiterentwicklung der Freundschaft der beiden Völker."

Ueber die augenblickliche äußere Lage sagte Tschitscherin: Die amerikanische Presse staunt, daß wir keine amerikanische offizielle Kontrollkommission in Rußland zulassen wollen, wenn keine offiziellen Vertreter Rußlands die Vereinigten Staaten betreten können. Als die Entente vor einigen Monaten als Vorstufe zum Frieden den Türken vorschlug, eine Kontrollkommission nach Angora zu schicken, lehnte die Türkei dieses ab. Sollen wir weniger Selbstgefühl haben als die Türkei? Ich betone nochmals: Konstantinopel muß der Türkei gehören. Rußland muß an der Regelung der Orientfrage teilnehmen. Ohne Rußland wird jede Entscheidung der Mächte in der Orientfrage zweck- und resultatlos sein.

Die Beamtenbesoldung.

SPD. Heute, Donnerstag nachmittag beginnen im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen über die Abänderung der Besoldungsordnung. Vor allen Dingen handelt es sich darum, die Grundgehälter hierbei zu regeln, die entsprechend der Geldentwertung heraufgesetzt werden müssen. Das inzwischen sehr kompliziert gewordene Besoldungssystem muß außerdem bedeutend vereinfacht werden. Zu den ursprünglichen Bestandteilen der Beamtenbesoldung: Grundgehalt, Ortszuschlag, Kinderzuschläge und prozentualer Teuerungszuschlag ist noch ein sogenannter Kopfzuschlag, eine Frauenzulage, für bestimmte Orte eine widerrufliche Wirtschaftsbeihilfe und in einzelnen Gebieten schließlich noch eine Besatzungs- bezw. Grenzzulage hinzugefügt worden. Bei der Neuregelung der Besoldungsordnung werden wahrscheinlich einige dieser Einkommensfaktoren beseitigt werden. Die inzwischen bis auf 777 Prozent hinaufgekletterten prozentualen Teuerungszuschläge müssen auf ein erträgliches Maß zurückgeführt werden. Ganz besondere Hoffnungen setzen insbesondere die unteren und mittleren Beamten auf eine gerechte Spannung zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen und auf die Beseitigung der großen Differenzierung in den Ortszuschlägen. Die Verhandlungen dürften sich auf mehrere Tage erstrecken.

Das Reichskabinett trat am Mittwoch nachmittag zu einer Sitzung zusammen, deren Beratungsgegenstand die Erhöhung des Preises für das erste Drittel der Getreideumlage war. Nach einer eingehenden Aussprache, die sich den Vorschlägen des Ministers Fehr anschloß, wurde die Beschlußfassung ausgesetzt. Anfang der nächsten Woche soll die Entscheidung über diese wichtige Frage gefällt werden.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt am Montag vormittag gemeinsam mit der bisherigen Unabhängigen Fraktion zur Beratung der Getreideumlage und der Bestrebungen, weitgehende Preisänderungen für das Umlagegetreide vorzunehmen, zusammen.

Ledebour und seine Anhänger teilen in einem Flugblatt mit, daß sie eine Partei konstituiert haben, um die USPD. aufrechtzuerhalten. Vorsitzende der Partei sind Ledebour und Theodor Liebknecht. Ledebour kündigt für Anfang Oktober das Erscheinen einer Wochenzeitung an, die sich „Klassenkampf" nennen soll.

Der Sprung in die Welt.

Ein Jung-Arbeiter-Roman von Artur Zickler.

19. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Die Morgensonne stand in der Stube, Hannes rannte an das Fenster, riß es auf und schrie hinunter: „Holt din Mul!" Der Junge lachte und sang weiter, Hannes lachte mit. Ueber dem Waschtrog hing das Bild eines französischen Kürassiers; seine roten Hosen leuchteten wie frisches Blut. Hannes begrüßte ihn durch eine flammende Ansprache in lautrem Französisch, das aber bald unvermittelt in reines Kieler Plattdeutsch umschlug und schließlich im Waschbecken verguggelte, als der Kieler sein blondes Gesicht hineinsteckte.

„Du kannst so bleiben", meinte Rudi anerkennend und fuhr hastig in die Kleider, denn vom Hof herauf zog es nach Kaffee. Eine Stunde später war Bonn schon wieder hinter den drei Gesellen, die Glocken riefen ihnen nach, es war Sonntag. Die Straße nach Mehlem war von Ausflüglern belebt, klingelnde Radfahrerherden überholten sie, von den Rheindampfern winkelten bunte Fähnchen. In Mehlem bogen sie zum Rheinufer hinunter und ließen sich nach Königswinter übersetzen, um zum Drachenfels emporzusteigen. Die Mädchen in weißen Kleidern hatten es Hannes angetan, er [illegible] verliebte Blicke und kam sich wie ein Löwe vor. Rudi, der neidisch war, verfiel in mißbilligende Redensarten.

„Du bist das lebendigste Sinnbild, das mir je vorgekommen ist; ein richtiger Weiberkerl. Wird dir das nicht langweilig?"

„Im Gegenteil, es macht mir helles Vergnügen, wenn ich sehe, daß die kleinen Mädchen Schmelzaugen bekommen. Wenn ich sie richtig zu packen kriege, zerzause ich sie ohne Erbarmen, sie sind ja zu nichts anderem auf der Welt. Jeder Mensch nützt die Macht aus, die ihm gegeben ist, und ich liege leicht und immer."

„Hast du dich schon einmal ernstlich verliebt?" fragte Hans. Der andere lachte. „Nein — wo wollte ich da hinkommen. Die Mädchen schmecken mir gut, im Grunde bleibe ich immer kühl dabei, und nichts ist mir so verhaßt, wie Sehnen und Geheule. Wozu sich aufregen — so viele Mütter haben ein lieb' Kind."

„Eigentlich hat er recht," wandte sich Rudi an Hans, „denn er fühlt sich sicher wohler bei seiner Art, als wir uns bei der unsrigen. Ich werde das Gefühl nicht los, daß wir zuviel Aufhebens um Dinge machen, die leicht und schmerzlos erlebt sein wollen. Nun hat ja jeder die Meinung, die zu ihm paßt, und Hannes ist ein Windhund, aber es schadet nichts, wenn wir von ihm lernen. Er hat es leicht, etwas zu erleben, in uns [illegible] sich zuviel Drang nach Abenteuern, darum überschätzen wir jedes Erlebnis und messen ihm überflüssige Bedeutung bei, schaffen künstliche Konflikte, die alle nicht notwendig sind. Das wäre nicht so schlimm, wenn nicht der lustige Sinn dabei zum Teufel ginge. Da hast du es gleich wieder: wir philosophieren, und er lacht!"

Hannes lachte wirklich, sein Gesicht war voll hellen Hochmutes. Er pfiff durch die Zähne und sagte dann: „Man merkt doch, daß ihr Proleten seid. Ich muß sagen, daß ihr mir zuerst besser gefallen habt. Spürt ihr denn nicht, wie komisch ihr mit eurem Bemühen um Weltweisheit auf Leute wirken müßt, die auch das voraus haben, was ihr vorwünscht: Erziehung und Bildung . . .?"

Hans blieb stehen, atmete tief. Röte stieg ihm ins Gesicht: „Sagen Sie das bitte noch einmal: Erziehung und Bildung. Vielleicht empfinden Sie dann richtiger, wer komischer ist, Sie oder wir. Sie sind ebenso eitel wie taktlos; suchen Sie sich andere Gesellschaft — adieu!"

Der Student sah sie verdutzt lächelnd an und machte eine verächtliche Geste, aber sie ließen ihn stehen. Als die beiden Freunde dann auf Brünhildes Felse standen und auf den blanken Strom und das rauschende Land hinabsahen, hatten sie den Vorfall schon vergessen.

XXXI.

Am Himmel jagten die grauen Wolken wie zottige Büffel, herden dahin, über deren Rücken die Sonne nur selten brandigrot aufglühte. Vom Wind getrieben, der beißenden Staub über sie warf, eilten Hans und Rudi auf der Straße nach Bacharach dahin. Noch bevor sie die ersten Häuser erreichten, brach Sturzregen aus den Wolken, und nun rannten die Freunde, so schnell sie konnten, um die trockene Haut zu retten.

So erreichten sie schließlich den Ort und triefften, als wären sie eben dem Strom entstiegen. Sie fanden Unterstand im dämmernden Flur eines geräumigen Hauses. Von der behäbigen Frau, die ihnen die Tür geöffnet hatte, erfuhren sie, daß es das katholische Pfarrhaus war. Da kam auch schon der Pfarrer selbst. Sein weißes Haar stand im seltsamen Kontrast zu einem frischen und jungen Gesicht, man wußte nicht, ob sein Haar vorzeitig weiß geworden oder seine Züge jung geblieben waren. Er lud die Freunde ein, abzulegen, dann ging er mit ihnen hinauf in seine Studierstube. Hier roch es nach Tabak, Büchern und welken Blumen, im alten Gehäuse tickte langsam die Uhr.

„Ich bin ein Freund des jungen Wandervolkes," sagte der Pfarrer, „weil ich glaube, daß die wandernde Jugend ein neuer Anfang ist. Die Menschen, die sich in den großen Städten aufhalten, sind dumpf und ungesund, das ist eine große Gefahr. Ich bin nicht weit in der Welt herumgekommen, aber ich habe immer zwischen Bäumen und Blumen gelebt und habe ein großes Mitleid mit Menschen, denen das versagt ist. Die Städte und ihre Unrast sind mir unheimlich, ich kann mir nicht denken, daß von ihnen etwas Gutes kommt. Es ist leicht, nachzuweisen, warum die großen Städte entstehen mußten, aber es ist schwer, zu sagen, wo die Arbeit, die von den Städten geleistet wird, hinaus will. Es ist eine unnatürliche Welt. Von der anderen, von der natürlichen, kann man behaupten, daß sie dazu da ist, die Geschöpfe glücklich und zufrieden zu machen. Sie hat also einen einfachen und guten Sinn, das Stadtvolk aber ist nicht glücklich, lebt in seinen Mauern wie in einem Gefängnis und sucht nach Auswegen, die es nicht findet, solange es glaubt, die Dinge, mit denen es sich befaßt, könnten es erlösen. Es kommt nichts Gutes von den Maschinen, die nur Dämonen sind, blanke Teufel, die den Stadtmenschen beherrschen und betrügen. Sie sind zu den Menschen gekommen, wie die weißen Völker zu den schwarzen, schenkten ihnen hunderterlei bunten und unnötigen Tand und nahmen ihnen die Freiheit. Millionen unseres Volkes sind ohne Land und ohne Besitz, ihre Arbeit ist ihnen fremd und wird ohne Liebe verrichtet, die Freuden, die sie suchen, reiben die Leiber nur auf, statt sie aufzurichten. Die Seelen sind leer und ohne Gott, es gibt keine Fröhlichkeit mehr, nur noch Vergnügungen, die Gesichter werden blaß, die Gesinnungen unehrlich — ein krankes Volk! Darum freue ich mich so sehr, daß die Jugend der Städte in das freie Land hinausströmt und wieder Gottes natürliche Welt zu lieben beginnt; wenn diese Jugend zur Geltung gelangt, kann alles wieder gut werden und einen gerechten Sinn erlangen, auch in den Städten."

In Hans regte sich der Widerspruch.

„Die Städte sind häßlich und gefährlich, weil eine schlechte und ungerechte Ordnung in ihnen herrscht. Wer in diesen Städten geboren ist, kann ihnen nicht entfliehen, auch die Jugend nicht. Wir müssen lange und unter Entbehrungen in den Fabriken arbeiten, um für kurze Zeit aus ihrer Haft entlassen zu werden. Morgen holt uns die Industrie wieder zurück, wenn wir es nicht vorziehen, als bettelnde und von der Polizei gehetzte Landstreicher zu verkommen. Wir lieben die Pflanzen, die Sonne und die freie Luft, die Blumen und den Acker mehr noch als jene, denen das alles selbstverständlich und für immer zugefallen ist, aber diese Liebe ist schmerzhaft; denn die Stadt ist unser Schicksal. Sie haben recht, daß es schöner wäre, die Stadt zu verlassen, aber der Rat klingt uns wie Hohn; denn wie sollen wir das machen? Wir würden es nicht einmal tun, wenn es für uns als einzelne möglich wäre — denn in den Städten, in den Fabriken geht der Kampf um die bessere Ordnung der Gesellschaft, gegen die Maschinenbesitzer und Ausbeuter, gegen die reichen Volksfeinde, und dieser Kampf ist ein so schwerer, daß die Jugend des Großstadtvolkes sich schämen müßte, die Alten in diesem Kampfe allein zu lassen."

(Fortsetzung folgt.)

Der schiefe Gesichtswinkel.

II.

Der Mann mit dem schiefen Gesichtswinkel erklärt in einem grammatisch fürchterlichen Satz, es gehe um die Frage, ob wir uns mit dem Rufe eines „Rotenburg ob der Trave" begnügen wollen.

Diese Fragestellung ist geradezu unsinnig. Die wirtschaftliche Entwickelung des lübeckischen Freistaates hat seit Kriegsende so energisch die Wege einer gesunden Industrialisierung des Travegebietes beschritten, daß sie auch von dem unfähigsten staatspolitischen Kritiker eigentlich nicht übersehen werden kann. Die gedankliche Initiative der lübeckischen Industriepolitik lag bei Männern des Industrievereins. Die Umwertung dieser Initiative in wirkliches Geschehen kam durch das Zufassen auswärtiger Kräfte zustande, die — und das mag zugegeben werden — oft erst nach Ueberwindung fiskalischer Schwierigkeiten vorwärts kamen. Aber sie kamen vorwärts! Un des darf heute mit Genugtuung gesagt werden, daß die industrielle Besiedelung der Travegebiete die wirtschaftliche Zukunft Lübecks bestimmen wird, wenn auch zurzeit die Unsicherheit aller wirtschafspolitischen Dispositionen das Weiterkommen erschwert.

Diese Entwickelung ist in Gang gebracht worden durch Männer des Bürgertums, die, bis auf wenige, tot sind. Die Sozialdemokratie kann für diese Leute des werbenden Kapitalismus keine wahlverwandten Gefühle aufbringen, aber sie muß anerkennen, daß sie erfolgreich an einer Steigerung der Produktionskraft des Freistaates arbeiteten, die auf leicht erkennbaren Umwegen nicht ohne Einfluß auf die politische Stärkung der örtlichen Arbeiterorganisationen blieb.

Und diese Begleiterscheinung der Industrialisierung ist der Schrecken unseres Bürgertums.

Der schiefwinklig sehende Lärmmacher der L. N. N. konstruiert eine sogenannte vertikale Gliederung der Bevölkerung, sich darstellend in vier nebeneinander stehenden, ragenden Säulen: Kaufleute, Beamte, Handwerker und eine „starke, durch den Klassenkampfgedanken verhetzte Arbeiterschaft". Seltsam! Wo eine starke Arbeiterschaft säulenartig aufragt, muß es auch eine stoßkräftige Gruppe Industrieller geben: Säule Nr. 5! Das sind entsetzlich krause und halbdurchdachte Gedanken! Die Gliederung der Lübecker Bevölkerung, ihrer Temperamente und ihrer politischen Interessen hat mit Vertikalismus garnichts zu tun. Im Bürgertum sind Temperamente vorläufig überhaupt nicht mehr vorhanden, ebensowenig politische Interessen. Ja, ich muß gestehen, daß ich politisch von unserem Bürgertum nicht das geringste zu erkennen vermag. Der vor zwei Jahrzehnten verstorbene Bürgermeister Dr. Brehmer war in seiner Jugend gesellschaftlich berüchtigt durch seine Vorliebe für schmutzige Kragen. Um Fastnacht kamen einer der älteren Eschenburge und ein heute noch lebender fröhlicher Weinhändler zu ihm mit der Aufforderung, einen Maskenball zu besuchen. Brehmer entgegnete unter wehmütigem Hinweis auf die seidenen Maskenmäntel der Freunde: „Was soll ich anziehen? Ich habe keinen Domino." — „Mensch!" riefen die beiden, „binde einen reinen Kragen um, und niemand wird dich wiedererkennen!" Diese kleine Erinnerung ist symptomatisch für das kommunalpolitische Schicksal des Lübecker Bürgertums. Es legte gezwungen durch die elementare Umstellung der öffentlichen Dinge, den kommunalpolitisch schmutzigen Kragen der Standesvertretung und des eigenen Nutzens ab und band um den reinen Kragen der politischen Einstellung. Und schon ist unser Bürgertum öffentlich nicht mehr auffindbar!

Und weshalb unauffindbar? Weil es für eine horizontale Gliederung, für ein gleichberechtigtes Nebeneinanderwirken der kommunalpolitischen Arbeit aller Staatsbürgergruppen keine Neigung und keine Fähigkeiten hat. Die Arbeit am Staate ist ihm gleichgültig geworden, weil es nicht mehr der Staat des Bürgertums allein ist, weil er ihm keine Aemter mehr sichern und keinen Eigennutzen mehr zuschieben kann. Als es die Arbeiterschaft versuchte, in die „Schicksalsgemeinschaft der Lübecker" einzutreten — ihre besten Köpfe stellte sie zur Verfügung —, da erstarrte das vaterstadtwarme Blut des regierenden Bürgertums vor Entrüstung. Mitbestimmer des eigenen Geschickes zu sein — welch ein Verlangen! Damals ist der Arbeiterschaft die nackte Brutalität der bürgerlichen Gesinnung zu fühlbar bekannt geworden, als daß sie so leicht, wie das Bürgertum es heute wünscht, vergessen könnte. Und dennoch, wie ganz anders verhält sich heute die organisierte Arbeiterschaft! Sie ist nicht mehr allein Erdulderin, sie ist vornehmste Mitbestimmerin des Staatsschicksals geworden. Aber sie ruft dem Bürgertum unseres Stadtstaates nicht zu, daß es sich zum Teufel scheren solle! Sie verlangt vom Bürgertum volle und ernsteste Mitwirkung an den Geschäften des Staates, weil sie es volksgemeinschaftlich für falsch hält, alle Maßnahmen, die zur Wiedergutmachung bürgerlich verschuldeten Elends nötig waren und werden, allein zu verantworten. Aber das intelligentere Bürgertum meint, ihm könne durch Mitwirkung am Wiederaufbau der Staatswirtschaft in dem Augenblick, in dem er nicht gelingen sollte, ein agitatorisches Moment verloren gehen. Anderseits weiß das Bürgertum, daß seine Passivität destruktiv wirkt — und das ist seiner Gedanken schwärzester Hintergrund.

Ich möchte auf objektive Dinge zurückkommen. Industrie und Arbeiterschaft Lübecks haben, trotz der unausbleiblichen wirtschaftlichen Kämpfe untereinander, in zäher Zusammenarbeit werkstatt- und werkplatzmäßiger Erzeugung dem Wirtschaftsleben des Freistaates festen Halt gegeben. Und auf dem Gebiete der staatlichen Industriepolitik, auf dem die Sozialdemokratie als eine bodenständige Blume der industriellen Entwickelung zu Hause ist, wird sie auch ohne Hilfe des Bürgertums das Vorwärtskommen so zu fördern wissen, wie es die Lebensnotwendigkeiten einer gesunden Volksgemeinschaft verlangen. Objektive bürgerliche Mitarbeit wird ihr nicht unangenehm sein, wenn sie aus Köpfen kommt, die von den in der Staatswirtschaft liegenden Industrieaufgaben etwas verstehen.

Wenn aber jemand seine Gedanken über Lübecks Zukunft davon abhängig macht, daß

1. die Tagespresse zum Sprechsaal der Meinungen gemacht wird,
2. die Staatsbehörden auf das Geräusch dieses Sprechsaals minutiös reagieren,
3. die Bürgerschaftskanzlei neu organisiert werde,
4. die zu beratenden Bürgerschaftsvorlagen früher in die des Parlaments gelangen,
5. ein neutraler Raum zur Einsichtnahme der Vorlagen geschaffen wird,
6. jeder Bürgerschaftsfraktion im Rathause ein Sitzungszimmer zur Verfügung steht und
7. die Geschäftsordnung der Bürgerschaft geändert werde,

dann ergibt sich ein Niveau der staatspolitischen und staatswirtschaftlichen Betrachtung, das niederschmetternd wirkt.

Ist das alles?

Es widerstrebt mir angesichts der schweren staatlichen Not, der wir unter dem Druck des französischen Imperialismus entgegengehen, diesen Reformgedanken gegenüber ein Wort zu sagen. Dazu der groteske Hinweis, von der Tribüne des Bürgerschaftssaales müsse „mit einer gewissen (!) staatsmännischen Geste ein deutsches Wort zum Auslande gesprochen werden", denn — difficile est satiram non scribere — „die Lübecker Bürgerschaft ist nicht ein Parlament irgendeiner Provinzialgroßstadt, — wer sie dazu macht, versündigt sich am Geiste dieser Stadt (!) — sie ist ein politisch bedeutendes Parlament!" — Es scheint sich das Fehlen unmittelbarer Beziehungen der Bürgerschaft zu Lloyd George und Poincare störend bemerkbar gemacht zu haben, wie es denn auch zu überlegen sein würde, der islamitischen Welt ermunternde Grüße durch unsern lieben Gustav Ehlers mit der entsprechenden staatsmännischen Geste zu übermitteln. Salem! Salem! — Doch jedes Ding hat seine Grenzen: Mit Vergnügen nehmen wir die Feststellung entgegen, daß die Lübecker Bürgerschaft, in der die Vereinigte Sozialdemokratische Partei die Mehrheit bildet, ein politisch bedeutendes Parlament ist; aber wir haben keine Neigung, den Witzblättern dankbare Motive durch „gewisse staatsmännische Gesten" zu liefern. Wie wäre es denn, mein lieber Oscar Mantau, wenn du dich dieses in der Kollegenredaktion entdeckten wunderlieblichen Sujets in deinen hinreißenden Wochenplaudereien annehmen würdest? Du bist doch für geistige Auffrischung immer dankbar gewesen! —

So endete denn diese mit viel Geschrei begonnene Spektator-Untersuchung der Grundlagen, auf denen sich Lübecks Zukunft entwickeln könnte, mit einer Farce. Ich werde Gelegenheit haben, in einem dritten Abschnitt darzulegen, wie sich Lübecks Zukunft einem sozialdemokratisch sehenden Auge darstellt und was sie von der Gegenwart verlangt.

Wichtiger als der versteckt redaktionelle Lärm der L. N. N. sind die Stimmen, die aus seinem Echo hörbar werden. Was über die Bedeutung von Persönlichkeitswerten in der staatlichen Führung gesagt wird, lassen wir gelten unter scharfer Ablehnung eines kommunalpolitischen Patriarchismus. Der Unwert einer indisziplinierten öffentlichen Meinung ist uns hinlänglich bekannt. Erschütternd wirkte jedoch auf uns die Flucht in die Gebiete des Metaphysischen. Sie geschieht mit einem Ruf nach einem „bürgerlich-kommunalpolitischen Siegfried!" Und zwar so:

„Ein Mann fehlt uns, ein junger muß es sein, der als Knabe sich jene Liebe zur Heimat erworben hat, die in dieser eifersüchtigen Einseitigkeit nur der Lübecker kennt, der als Jüngling seinen Blick in anderen Umgebungen geweitet hat, der als Erwachsener die Zeit der Umwälzungen wachen Geistes erlebte und nicht das Neue allein darum, weil es neu ist, verurteilt, ein Mann, der mitten in der Wirtschaft des Tages steht und dessen persönlicher Vorteil mit dem des Staates zusammenfällt. Dieser Mann lehre uns, das Instrument der Partei so zu spielen, daß es für Lübeck einen Wohllaut gibt. Noch wurde nicht einmal der Versuch gemacht, die Zwangsjacke der Parteipolitik für den Lübecker Bürger zurechtzuschneidern."

In diesen sehr originellen Sätzen fällt zunächst die Wendung vom Zusammenfallen des persönlichen Nutzens mit dem des Staates auf. Der Rufer kennt seine Leute und die stärksten Stützen des bürgerlichen Staatsinteresses. Dieser Ruf nach dem jungen Mann mit dem genialen Gesichtswinkel ist voll aufbrüllender Tragik. Ich lasse die Söhne des in „geistesaristokratische Schweigsamkeit" versunkenen Lübecker Patriziats an meinen erinnerungsscharfen Augen vorüberziehen — ach, es ist keine erquickendes Bild. Ohne auf die Schulakten des Katharineums zurückzugreifen, kann durch gesellschaftliche Beobachtung festgestellt werden, daß der Nachwuchs unserer alten Geschlechter im allgemeinen eine offene Degeneration darstellt. Er ist durchaus deutschvölkisch erzogen und geboren mit der herablassenden Blick der vermeintlich Privilegierten. In ihm lebt der Arbeiterschaft gegenüber mehr oder weniger bewußt ein Komplex von Gefühlen, der sich in folgendem Gedankengang zusammenfassen läßt: „Ihr seid zwar jetzt obenauf, aber — unsere Zeit kommt wieder und dann — hols der Deubel — sollt ihr merken, was ihr zu tun und zu lassen habt!" Es ist das Ideen-Erbe der Väter! Es ist klargewollter Klassenkampf von rechts! Kein Verständnis für die Staatsnotwendigkeit einer politisch gleichberechtigten Arbeiterschaft! Auch kein Verständnis für ihre Ehrlichkeit und ihr uneigennütziges Bemühen! Und vor allem kein Blick für die hohen moralischen Werte, die in unserer organisierten Arbeiterschaft stecken. Solange das Bürgertum seinen Nachwuchs unter einem schiefen Gesichtswinkel erzieht, solange auch wird es vergeblich nach einem kommunal-politischen Siegfried aus den Kreisen unseres Patriziats rufen.

Die Liebe zur Vaterstadt hat bei unserer Arbeiterschaft eine sichere und reine Pflegestätte. Sie ist dort würdiger aufgehoben als bei den Mitbürgern, die sorgenlos ihre Butter von mecklenburgischen Gütern eigener Verwaltung essen, sich in Niederbüssau Schweine in eigener Wirtschaft von nicht heeresdienstpflichtigen dänischen Verwaltern fettmachen ließen, die das Finanzamt mit der Bürde schlimmster Bücherrevisionen und Steuerermittelungen belasten. Welche Erfahrungen haben wir Sozialdemokraten, die wir doch allesamt zu den treuesten Steuerzahlern des Reiches gehören, bei unserem Einblick in die Staatsgeschäfte machen müssen!

Komm, du Siegfried der bürgerlichen Kommunalpolitik und du Träger der eifersüchtigen Vaterstadtliebe — wasche ihnen den Pelz!

Heinrich von Hundtenhorst.

Zur Behebung der Wohnungsnot.

Die Fraktion der **Vereinigten Sozialdemokraten** hat im **Preußischen Landtage** über die Wohnungsnot folgende Große Anfrage eingebracht:

„Was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um der Wohnungsnot, die von Tag zu Tag einen immer bedrohlicheren Charakter annimmt, und in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung weite Volkskreise auf das schwerste gefährdet, wirksamer als bisher zu begegnen? Ist sie bereit, der Notlage der Gemeinden Rechnung zu tragen und mit der Reichsregierung zwecks zeitgemäßer Erhöhung des den Ländern zur Weitergabe an die Gemeiden zur Verfügung gestellten Kreditbetrages in Verhandlungen zu treten? Ist sie bereit, dem Wucher mit Baustoffen mit allen Mitteln entgegenzutreten? Ist sie im besonderen bereit, den gemeinnützig arbeitenden Baubetrieben weitgehende Förderung und finanzielle Unterstützung zu gewähren und dadurch die Bereicherung einzelner am Wohnungsbau in wachsendem Maße auszuschalten?"

Ferner wird in einer Großen Anfrage von der Regierung gefordert, sofort auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die zuletzt am 11. August festgesetzten Erwerbslosenunterstützungssätze, die in der Ortsklasse A 28 Mark für einen Arbeiter über 21 Jahre für die Frau 13 Mark und für jedes Kind 11,25 Mark täglich betragen, sofort den heutigen Verhältnissen entsprechend erhöht werden. Des weiteren wird gefragt, ob die Staatsregierung bereit ist, den Erwerbslosen im besetzten Gebiet endlich eine Ausgleichszulage ähnlich wie die Besatzungszulage zu gewähren.

Stinnes und die Kommunisten.

SPD. Die Kommunisten vergehen vor Sehnsucht nach dem Tag, wo sie die Gewerkschaften als „Helfershelfer des Herrn Stinnes" überführen werden. Die besten Spürnasen der „Roten Fahne" sind unterwegs, um — irgend etwas ausfindig zu machen. Sie suchen trübe und schmutzige Geschichten. Sie können nicht anders; denn man sucht ja bekanntlich keinen hinter dem Ofen, wenn man nicht schon selbst dahinter saß. Die Spürnasen haben es jetzt also herausbekommen, daß die Gewerkschaften mit dem Lehrer-von-Siemens-Konzern unter einer Decke stecken. Weil der Pariser „Populaire" etwas über Verhandlungen zwischen Jouhaux und Herrn v. Siemens zur Sicherung der Arbeitsbedingungen der deutschen Arbeiter in Frankreich gemeldet hat, ist es für die Kommunisten sonnenklar, daß sich die Gewerkschaften den „dunklen Ehrenmännern vom Lehrer-Siemens-Konzern verschrieben haben. Die „Rote Fahne" stützt sich dabei auf Anwürfe der „Kölnischen Ztg." gegen Herrn Lehrer. Das Kölner Kapitalistenblatt schildert Herrn Lehrer als einen „Mann, der während des Krieges und auch danach viel Geld verdient hat" und über dessen Persönlichkeit im Düsseldorfer Bezirk Behauptungen umlaufen sollen, die man nicht gerade als günstig bezeichnen könne. Nun, unseres Wissens hat auch Herr Stinnes im Krieg sehr viel Geld verdient. Der geheimnisvolle Hinweis aber auf Gerüchte im Düsseldorfer Bezirk scheint seinen Ursprung wohl im Neid der Konkurrenten zu haben.

Die Kommunisten täten besser daran, vor der eigenen Tür zu kehren, statt sich um den Umgang der Gewerkschaften zu kümmern. Die „Rote Fahne" sollte einmal darüber nachdenken, wie seltsam die „karge" Lebensführung der Moskauer Ehrenmänner in Deutschland mit dem Hungerkannibalismus in Rußland kontrastiert. Auch wäre es für die Kommunisten besser, sich einmal den Charakter des Vertrages Krassins mit dem englischen Großkapitalisten Lesli Urquhardt zu vergegenwärtigen, dessen Ziel, wie radikale Blätter sich ausdrücken, die „kapitalistische Ausbeutungsmöglichkeit in Reinkultur" ist. Die Arbeiterräte sind in diesem Abkommen vollständig ausgeschaltet. Wo bleibt die Arbeiterkontrolle der Produktion? Den Moskauer Söldlingen ist zu empfehlen, sich um diesen Vertrag zu kümmern als um das Bemühen der deutschen Gewerkschaften, gegenüber der Stinnesierung des Wiederaufbaues für die Sozialisierung zu retten, was zu retten ist.

Volkswirtschaft.

Warum die Kleider so teuer sind.

Dem Geschäftsbericht der Baumwollspinnerei Mittweida (Abschluß vom 30. Juni d. J.) entnehmen wir: Der Bruttogewinn des letzten Geschäftsjahres betr. einschließlich Vortrag 7,20 Millionen Mark, (im Vorjahre 3,28 Millionen Mark) Abschreibungen 162 306 Mk. (im Vorjahre 55 659 Mk.), der Reingewinn 7,06 Millionen Mark (im Vorjahre 0,77 Millionen Mark). Von dem Reingewinn werden 25 Prozent Dividende verteilt (im Vorjahre 20 und 10 Prozent). Ferner werden 1,2 Millionen als Sonderdividende auf die 8 Millionen Stammaktien verteilt und 3,2 Millionen auf 8000 Gewinnscheine (je 400 Mark auf einen Gewinnschein). 638 997 Mark (im Vorjahre 586 046 Mark) wurden auf neue Rechnung vorgetragen. Die Herren haben ihren Geschäftsbericht ja nach Möglichkeit verschleiert. Soviel aber lassen die Zahlen doch erkennen, daß **mindestens ein Reingewinn von 70 Prozent vorhanden ist.** Kein Wunder, daß dann schließlich ein Hemd 3000 Mark und ein Anzug 30 000 Mark kostet.

5000 Mark Geschäftsanteil bei Konsumgenossenschaften.

An der Spitze derjenigen Konsumvereine, die nach den an den Zentralverband Hamburg in letzter Woche gelangten Berichten ihren Geschäftsanteil der Geldentwertung entsprechend heraufgesetzt haben, steht ein süddeutscher Verein mit 5000 Mark Geschäftsanteil. Ihm folgt eine rheinisch eGenossenschaft mit einem Mitgliederanteil von 3000 Mark. Die Zahl der Vereine, deren Generalversammlungen 2000 Mark festgesetzt haben, beträgt 17. Sechs Vereine haben 1500 Mark beschlossen und neun Konsumgenossenschaften erhöhten den Anteil auf 1000 Mark. Eine Anzahl weiterer Vereine nd mit ihren Anteilerhöhungen unter dem Satze von 1000 Mark geblieben, was nicht von langer Dauer sein kann.

Eine Landesversammlung der bayrischen Konsumvereine hat beschlossen, die Vereinsverwaltungen zu verpflichten, sofort außerordentliche Generalversammlungen einzuberufen, in denen der Geschäftsanteil auf mindestens 2000 Mark gebracht wird, durch Einkassierung und restlose Gutschrift der Rückvergütung auf Geschäftsanteil für rasche Auffüllung des Geschäftsanteils Sorge zu tragen und Rückvergütung erst dann zur Auszahlung zu bringen, wenn der Geschäftsanteil erfüllt ist. Weiter wird empfohlen, denjenigen Mitgliedern, die den Geschäftsanteil erfüllt haben, die **Rückvergütung auf ein besonderes Sparkonto** gutzuschreiben, Waren nur an solche Mitglieder abzugeben, die den Geschäftsanteil voll eingezahlt haben bezw. in ganz kurzer Frist einzahlen, Abgabe von Waren in größeren Quantitäten zu verweigern, vielmehr **Rationierung der Hauptartikel,** wie Fett, Mehl usw., einzuführen und eine Vereinfachung ds Warengeschäfts herbeizuführen, indem die Hauptartikel, wie Kaffee, Mehl, Reis und so weiter, nur noch in einer Durchschnittsqualität geführt werden.

Butterauktion.

Hamburg, 27. September.

Noch höhere Butterpreise.

In der heutigen Auktion der Meiereiverbände von Schleswig-Holstein waren die Zufuhren nur knapp und genügten der regen Nachfrage nicht. Die Preise erfuhren infolgedessen eine weitere Steigerung. Es wurden bezahlt 310,50—311,25 Mk. das Pfund, gegen 303,50—303,35 Mk. in der Auktion am 20. September.

*

Berlin, 27. September. Nach einer Bekanntmachung im Reichsanzeiger erläßt der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft eine am 1. Oktober in Kraft tretende Verordnung, wonach die Abhaltung öffentlicher Versteigerungen von Butter und sonstigen Milcherzeugnissen der Genehmigung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft bedarf. Die Genehmigung kann von der Einhaltung von Bedingungen abhängig gemacht werden. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann diese Befugnisse auf die obersten Landesbehörden oder auf die von diesen zu bestimmenden Stellen übertragen.

Devisen-Kurse.

Berlin, 28. September.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		27. Septbr.	26. Septbr.
Amsterdam	100 fl.	64119.75	56679.05
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	11885.10	10536.80
Kristiania	100 Kr.	27815.15	24769.—
Kopenhagen	100 Kr.	34107.30	30411.90
Stockholm	100 Kr.	43445.60	38651.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	3645.40	3196.—
Rom	100 Lire	7066.15	6217.20
London	1 £	7290.85	6441.90
New York	1 Doll.	1652.93	1458.17
Paris	100 Frs.	12634.15	11136.05
Zürich	100 Frs.	30961.25	27265.85
Madrid	100 Pesetas	25068.60	22297.06
Wien	100 K.	2.05½	1.78
Prag	100 K.	4988.75	4524.30
Budapest	100 K.	60.92	58.92

Verantwortlich für Politik, Volkswirtschaft und Feuilleton i. V.: Hermann Bauer; für den übrigen Teil: August Schulz; für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Amtlicher Teil.

Verordnung,
betreffend das Fährgeld und den Betrieb der Einsiedelfähre.

(Veröffentlicht am 28. September 1922.)

Auf Grund der §§ 4e und 5 der Verordnung über den Fährbetrieb vom 2. Januar 1892 bestimmt das Polizeiamt bezüglich der Einsiedelfähre:

I.

An Fährgeld sind zu zahlen:
1. für eine Person . . . . . 1.50 Mk.
2. für eine Schiebkarre, ein Fahrrad, ein Kalb, ein sonstiges Stück Kleinvieh oder ein größeres Gepäckstück 2c. 1.50 „

Während der Nachtzeit (vom 1. April bis 30. September von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens, vom 1. Oktober bis 31. März von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens) ist der vierfache Betrag des Fahrpreises zu zahlen: desgleichen für die Benutzung eines etwa hergestellten Eisüberganges.

Im Dienst befindliche Beamte sind von der Entrichtung des Fährgeldes befreit.

II.

Der Fährbetrieb wird in der Zeit vom 1. April bis 30. September nur von 5 bis 10 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags, in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März nur von 6 bis 10 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags aufrechterhalten. Außerhalb dieser Zeit und während der Nachtzeit ist der Fährmann zum Übersetzen zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet.

III.

Die Verordnung vom 28. April 1921, betreffend den Betrieb der Einsiedelfähre und die Verordnungen vom 28. Februar und 29. Juni d. Js., betreffend das Fährgeld der Einsiedelfähre, werden hierdurch aufgehoben. (7423

Lübeck, den 25. September 1922.

Das Polizeiamt.

Achter Nachtrag
zu der Verordnung über den Betrieb der Motorbootfähre zwischen Schlutup und Herrenwyk.

(Veröffentlicht am 28. September 1922.)

Die Ziffern 3 und 4 der Verordnung über den Betrieb der Motorbootfähre zwischen Schlutup und Herrenwyk vom 1. September 1919 in der Fassung des siebenten Nachtrages vom 30. August 1922 werden wie folgt geändert:

3. das Fährgeld für die einmalige Überfahrt beträgt:
   für eine Person . . . . . 4.— Mk.
   für ein Fahrrad, einen Kinderwagen und einen Hund, sowie für größere Gepäckstücke (Schließkörbe, Kiften, Ballen, Tonnen) je . . . 3.— „
4. der Fährpächter darf für die regelmäßige Benutzung der Fähre das Fährgeld für eine Woche im Voraus erheben. Der Wochenpreis beträgt:
   für eine Person . . . . . 32.— Mk.
   für ein Fahrrad . . . . . 24.— „

Lübeck, den 25. September 1922. (7422

Das Polizeiamt.

Verordnung,
betreffend das Fährgeld für die Fähre im Umschlaghafen.

(Veröffentlicht am 28. September 1922.)

Gemäß § 4e der Verordnung über den Fährbetrieb vom 2. Januar 1892 bestimmt das Polizeiamt unter Aufhebung der Verordnungen über das Fährgeld für die Fähre im Umschlaghafen vom 28. Februar und 29. Juni d. Js.:

Das Fährgeld der Fähre im Umschlaghafen für jede einzelne Fahrt beträgt:
a) im Verkehr mit den Pfahlgruppen Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 9, 10, 11, 12, 13 und 14 . . . . . 2.— Mk.
b) im Verkehr mit den Pfahlgruppen Nr. 7, 8, 15, 16 und 17 sowie mit dem der Fähre gegenüberliegenden Ufer . . . . 3.— „

Für das Übersetzen eines Fahrrades oder eines größeren Gepäckstückes usw. werden die gleichen Fährgeldbeträge erhoben.

Beamte im Dienst sind von der Entrichtung des Fährgeldes befreit. (7421

Lübeck, den 25. September 1922.

Das Polizeiamt.

Fährgeld
der Fähre zwischen Dänischburg u. Israelsdorf.

(Veröffentlicht am 28. September 1922.)

Auf Grund des § 4e der Verordnung über den Fährbetrieb vom 2. Januar 1892 verordnet das Polizeiamt:

I.

Das Fährgeld für das Übersetzen über die Fähre zwischen Dänischburg-Israelsdorf beträgt für jede Fahrt:
für eine Person . . . . . 1.50 Mk.
für ein Fahrrad, einen Kinderwagen, einen Hund, ein Stück Kleinvieh, oder ein größeres Gepäckstück . . . 1.50 „

Bei Benutzung der Fähre außerhalb der durch Bekanntmachung vom 25. Juli 1917 festgesetzten Betriebszeiten ist der vierfache Betrag des Fährgeldes zu entrichten.

Beamte im Dienst sind von der Entrichtung des Fährgeldes befreit.

II.

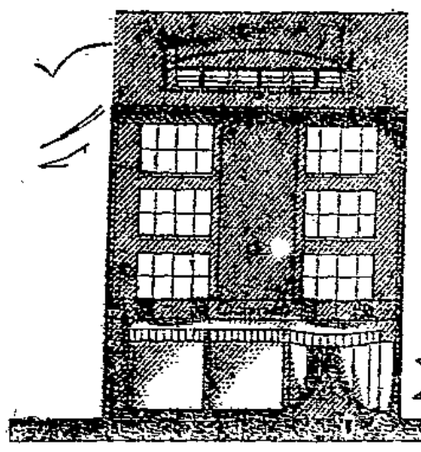
Bei Vorausbezahlung beträgt das Fährgeld für die Woche bei zweimaliger Ueberfahrt:
für eine Person . . . . . 15.— Mk.
für ein Fahrrad, einen Kinderwagen, ein Stück Kleinvieh, ein größeres Gepäckstück u. dgl. . . . . 15.— „

Die den gleichen Gegenstand betreffende Verordnung vom 21. Juni 1922 wird hiermit aufgehoben. (7424

Lübeck, den 25. September 1922.

Das Polizeiamt.

Wiedereröffnung
Sonnabend
den 30. September, vormittags 10 Uhr.



Spezialhaus
für erstklassige Waren
mit niedrigen Preisen (7419)

BRUNO
DARGEL
KLEIDER · BLUSEN · DECKEN · WÄSCHE

Verordnung,
betreffend das Fährgeld der Struckfähre.

(Veröffentlicht am 28. September 1922.)

Auf Grund des § 4e der Verordnung über den Fährbetrieb vom 2. Januar 1892 bestimmt das Polizeiamt folgendes:

Für die Benutzung der Struckfähre sind an Fährgeld zu zahlen:
1. für eine Person . . . . . 1.— Mk.
2. für ein Fahrrad, einen Kinderwagen, eine Schiebkarre, ein Stück Kleinvieh oder ein größeres Gepäckstück usw. . . . . 1.— „

Während der Nachtzeit ist der vierfache Betrag des Fährgeldes zu zahlen; desgleichen für die Benutzung eines etwa hergestellten Eisüberganges.

Als Nachtzeit gilt in den Monaten April bis einschließlich September die Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens, in den Monaten Oktober bis einschließlich März die Zeit von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. Während dieser Zeit ist der Fährmann zum Uebersetzen berechtigt, jedoch nicht verpflichtet.

Beamte im Dienst sind von der Entrichtung des Fährgeldes befreit.

Die den gleichen Gegenstand betreffenden Verordnungen vom 28. Februar und 29. Juni 1922 werden hiermit aufgehoben. (7427

Lübeck, den 25. September 1922.

Das Polizeiamt.

Verordnung
betreffend das Fährgeld der Fähre nach der Wallhalbinsel.

(Veröffentlicht am 28. September 1922.)

Gemäß § 4e der Verordnung über den Fährbetrieb vom 2. Januar 1892 bestimmt das Polizeiamt:

Das Fährgeld für die Benutzung der Fähre zwischen der Struckfähre und der Nordspitze der Wallhalbinsel beträgt:
für eine Person . . . . . 1.50 Mk.
für ein Fahrrad oder ein größeres Gepäckstück usw. . . . . 1.50 „

Beamte im Dienst sind von der Entrichtung des Fährgeldes befreit.

Die den gleichen Gegenstand betreffenden Verordnungen vom 28. Februar und 29. Juni ds. Js. werden hiermit aufgehoben. (7425

Lübeck, den 25. September 1922.

Das Polizeiamt.

Verordnung,
betreffend die Erhöhung des Fährgeldes der Fähre bei Absalonshorst, zu Rädlershorst und zu Rothenhusen.

(Veröffentlicht am 28. September 1922.)

Das durch Verordnung vom 28. Februar 1922 festgesetzte Fährgeld der Fähre bei Absalonshorst wird um 100 vom Hundert, das Fährgeld der Fähre zu Rädlershorst und zu Rothenhusen um 200 vom Hundert der durch die Verordnungen vom 19. Januar 1922 bestimmten Fährgeldsätze erhöht.

Diejenigen Personen, welche den Frühzug von Saran aus benutzen oder mit dem Spätzuge in diesem Orte ankommen und sich in Rothenhusen übersetzen lassen müssen, zahlen nur den doppelten Betrag des Tagesfährgeldes. (7420

Lübeck, den 25. September 1922.

Das Polizeiamt.

Verordnung
betreffend Fährgeld der Fähre im Kleinhafen.

(Veröffentlicht am 28. September 1922.)

Auf Grund des § 4e der Verordnung über den Fährbetrieb vom 2. Januar 1892 bestimmt das Polizeiamt, daß das Fährgeld der Fähre im Kleinhafen beträgt:
für eine Person . . . . . 1.— Mk.
für ein Fahrrad, einen Kinderwagen, einen Hund, ein Stück Kleinvieh oder ein größeres Gepäckstück . . . 1.— „

Die den gleichen Gegenstand betreffenden Verordnungen vom 22. März und 29. Juni d. Js. werden hiermit aufgehoben. (7426

Lübeck, den 25. September 1922.

Das Polizeiamt.

Höchstpreis für Vollmilch.

Der Höchstpreis für Vollmilch ist vom 29. ds. Mts. ab auf Mk. 36.— je Liter festgesetzt.

Abweichungen werden auf Grund der Preisprüfungsordnung bestraft. (7426

Lübeck, den 28. September 1922.

Das Lebensmittelversorgungsamt.

Aufgebot.

Der August Heinrich Friedrich Willi Klapprodt in Braunschweig, Salzdahlumerstr. Nr. 16, hat das Aufgebot beantragt zur Kraftloserklärung der von der Deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaft in Lübeck auf seinen Namen ausgestellten und an den Ueberbringer auszahlbaren Lebensversicherungs-Police Nr. 127518.

Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, seine Rechte spätestens in dem Termin **am 9. Januar 1923, vormittags 11½ Uhr,** anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird. (7396

Lübeck, den 19. September 1922.

Das Amtsgericht, Abt. 6.

Notgeld.

Von der Stadtkasse werden Kassenscheine zu Mk. 500 ausgegeben.

Die Wiedereinziehung der Scheine wird durch die hiesigen Tageszeitungen bekannt gegeben.

Lübeck, den 27. September 1922. (7388

Finanzbehörde.

Nichtamtlicher Teil.

Mischkaffee
mit 10% Bohnenkaffee
7418) ¼ ℔ 20.—
Kakao ¼ ℔ 50.—
Bandnudeln ¼ ℔ 15.—
Fig.-Nudeln ¼ ℔ 15.—
Fadennudeln ¼ ℔ 15.—
Makkaroni ¼ ℔ 16.—
Sirup ℔ 20.—
Kunsthonig Pak. 44.—
Puddingpulver Pak. 1.—
Rote-Grütze-Pulv. „ 1.—
Vanille-Puddingpulver, lose ¼ ℔ 20.—
Eduard Speck,
Hüxstr. 80/84.

Möbel 7380
Herren-, Speise-, Schlafzimmer, Küchen.
Boldts Möbellager
Fischergrube 25/27.

Café „Vaterland“
Täglich Konzert
der (7399
Hamburger Künstler-Vereinigung.
Direktion: Adolf Martens

Lübeckisches Sinfonie- und Stadttheater-Orchester.
Freitag, d. 29. Sept., 7½ Uhr:
Gr. volkstümliches Konzert
(Ein Abend im Reiche der heiteren Muse) 7818
im „Gewerkschaftshaus“
Gastdirigent **Kurt Blumentritt**, Dresden.
Vorverkauf bei **Buse** und **Borchert**, Breite Straße, **Basson**, Beckergrube 47, **Barnekow**, Hüxterdamm, im **Konsumverein** und im **Gewerkschaftshaus**.
Es ist Sorge getragen, daß genügend Programme im Vorverkauf zu haben sind. Da es ein fröhlicher und genußreicher Abend wird, ist zu empfehlen, rechtzeitig Karten zu besorgen. Eintritt **einschl.** Steuer und Programm **nur Mk. 10.—.**

MARMORSAAL

Don Ramiro! Heute!
Sensations-Gastspiel bis einschl. Sonntag, 1. Oktober
Anfang abends 8 Uhr, Einlaß 7 Uhr
Zauber- und Illusionspalast. Prunkvolle eigene Million-Bühnen-Ausstattung. Dezente Musik. Eine Welt seltsamer Wunderdinge. (7379
Vorverkauf siehe Plakate u. Anschlagsäulen.
Kommen! Sehen! Staunen!

Bestellungen
zur Lieferung des
Gesetz- und Verordnungsblattes der freien und Hansestadt Lübeck
nimmt entgegen die
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Kommunistische Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale) Ortsgruppe Lübeck.
Freitag, den 29. Septbr., abends 7½ Uhr:
Oeffentliche
Volksversammlung
in Friedrichshof, Schwartauer Allee.
Tages-Ordnung
1. Soll die Arbeiterklasse im Elend untergehen? Referent: Genosse **Karl Ross.**
2. Freie Aussprache.
Arbeiter, Angestellte und Beamte, erscheint in Massen. Bringt Eure Frauen mit. (7412
Zur Deckung der Unkosten Mark 2.—.

Luisenlust.
Sonnabend, den 30. ds. Monats
Gr. Preis-Lumpenball
vom Sportklub „Reell“.
Lumpenkeller, Lumpenkneipe und viele andere Überraschungen. Frühes Kommen sichert Platz. 7414) **Anfang 7 Uhr.**

Luisenlust Morgen, Freitag **Tanz.** Damen (7379 Eintritt frei.
Sonnabend, den 30. Septbr., **Großer Preis-Lumpenball.**

Deutscher **Bauarbeiter-Verb.** Lübeck.
Achtung!
Baudelegierte und Blockdelegierte der Zimmerer.
Gemeinsame Sitzung
am Freitag, d. 29. 9. 22, abends 7½ Uhr,
im **Gewerkschaftshaus.**
Tagesordnung:
Der neue Reichstarifvertrag. — Verschiedenes.
Die Vorstände.
NB. Das Erscheinen aller Delegierten und Vertreter der kleinsten Baustellen ist dringend erforderlich. (7403

Schwarz-rot-goldene Schleifen und Fahrradfahnen
Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.

Theater-Verein Einigkeit
Gr. Theater-Abend
Freitag, d. 29. Septbr. im Konzerthaus Flora
Zur Aufführung gelangt:
Michael, wie kannst Du nur!
Schwank in 3 Akten.
Kassenöffnung 7 Uhr
Anfang 8 Uhr. 7400
1. Platz Mk. 8,80, 2. Platz Mk. 6,60.
Karten sind bei den Mitgliedern sowie abends an der Kasse zu haben.

Nur bis Montag
Zentral
Theater. 7429
Johannisstraße 25.
Nachtgesindel
Größter Detektiv- u. Sensationsfilm in 5 Akten
mit **Colette Corder**
Die Flucht des Patrik Power.
Ein Abenteuer des Detektivs Jack Thompson in 5 Akten.
Männe, wo bleibste denn?
Lustspiel in 3 Akten.
Mit **Paul Hartenstein**
Spielzeit ununterbrochen v. 4—11 Uhr.
Orchesterbegleitung
Sonntag ab 2 Uhr
Kindervorstellung

Hansa-Theater.
Heute,
Donnerstag, 7½ Uhr:
Zum letzten Male:
Die Puppe.
Freitag 7½ Uhr:
Die Bajadere. 7387
Sonnabend u. Sonntag:
Erstaufführungen von
Die beiden Nachtigallen.
Operette in 3 Akten von Willy Bredschneider.

Stadttheater Lübeck
Donnerstag, 28. Sept., 7.30 Uhr: Ab. D. **Der Musikant.** (7377
Freitag, 29. Sept., 7.30: Ab. D. **Der Liebhaber.**
Sonnabend, 30. Septbr., 7.30: Vorstell. für die Volksb.: **Die Jüdin.**
Sonntag, 1. Okt., 11 U.: Oeffentl. Hauptprobe zum Sinfoniekonzert. Karten a. d. Theaterk.
2.15 Uhr: Vorst. f. d. Volksbühne: **Fiesco.** Karten a. d. Theaterk.
7.30: **Carmen.** Einmal. Gastspiel von **Erna v. Hoeblin** vom Mannheimer Landestheater.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Donnerstag, 28. September 1922. Nummer 227.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 28. September.

Das Arbeiterblatt an seinen Leser.

Ich bin dein Blatt, dein Wort, dein Mund,
Und lieg' darnieder, todeswund.
In jeder Not stand ich dir bei —
Bist du bereit zu gleicher Treu?

Wo je dir bittres Leid geschah,
War ich zu deiner Hilfe nah.
Wenn je ein Starker nach dir schlug,
War ich's das alle Wunden trug.

Denn ich war du. — Warst du auch ich?
Ich litt für dich und nie für mich,
Bis Todesnot mich hat erfaßt. —
Empfindest du mich nun als Last?

Läst du mich in der Not allein?
Ich will's, ich darf's nicht glauben! — Nein!
Denn Kameradschaft hieß das Band,
Das uns Jahrzehnte hat umspannt.

Ich ford're Treu zu dieser Frist,
Denn wer den Freund in Not vergißt,
Und wessen Wort bleibt ungedruckt,
Den hat ein Stärkerer bald geduckt.

Wenn dir dann die Erkenntnis kommt,
Was treuer Kameradschaft frommt,
Ist's zum Bereuen viel zu spät —
Ein Hauch dich in den Abgrund weht.

Karl Germer.

Aufgehobene Sperre. Der Verband der Schiffszimmerer und Zimmerer erklären die Sperre über das Flenderwerk für aufgehoben. Die Vorstände beider Gewerkschaften.

Unerschwingliche Fischpreise. Die Travemünder Fischereigenossenschaft, die täglich einen Teil ihrer Ware an die Lübecker Fischhändler absetzt, steigerte, wie uns die Händler mitteilen, Mittwoch morgen ganz plötzlich die Preise für Butt um etwa 15 Mark pro Pfund. Während am Dienstag die Händler für kleine Butt 25 Mk. und für große 36 Mk. zahlten, wurden am Mittwoch 40 resp. 50 Mk. pro Pfund gefordert. Da die Händler es ablehnten, solch hohe Preise zu zahlen, sandte man die Fische nach Hamburg. Das Lübecker Publikum kann sich somit den Mund wischen. Da muß man doch fragen, ob solch plötzliche Preiserhöhungen berechtigt sind. Wie uns ferner mitgeteilt wird, erhalten die Fischer durchweg nur den dritten Teil, ausnahmsweise die Hälfte des Großhandelspreises. Demnach schluckt also die Fischereigenossenschaft den Löwenanteil. Diese ist es also, welche die Fische so gewaltig verteuert. Vor einem Jahre kosteten kleine Butt 2 Mk. und große 3—4 Mk. das Pfund. Kleine Dorsche waren damals noch für 60 Pfg. zu haben und heute muß die gleiche Ware mit 20 Mk. pro Pfund bezahlt werden. Wenn es richtig ist, daß Fischer aus Schlutup, Gothmund und Wismar mitunter ihre Fänge in Lübeck an die Verkäufer unter dem Großhandelspreis abgeben können, dann sollte die Behörde doch einmal prüfen, ob solch hohe Preise, wie die Travemünder Fischereigenossenschaft fordert, berechtigt sind. — Die Lübecker Fischhändler nahmen Mittwoch abend in einer Versammlung zu dem Vorgehen der Fischereigenossenschaft Stellung. Sie waren sich dahin einig, daß die Preise von 40 Mk. für kleine Butt und 50 Mk. für große Butt, die seitens der Fischereigenossenschaft von dem Kleinhändler gefordert werden, zu hoch sind. Es wurde beschlossen, für diese Preise keine Ware in den Handel zu bringen. Die Händler bitten das Publikum, sie in diesem Kampfe, der für das Wohl der Lübecker Bevölkerung geführt wird, zu unterstützen.

Heute morgen forderte die Fischereigenossenschaft wieder 40 und 50 Mk. Die Händler weigerten sich, diesen Preis zu zahlen. Diesmal wurden die Fische aber nicht nach Hamburg geschickt, sondern mehreren hiesigen Geschäften zum Preise von 25 und 35 Mark in Kommission übergeben. Die Händler haben nun zwar keine Fische erhalten, aber doch erreicht, daß die Ware um 15 Mark pro Pfund billiger abgegeben worden ist.

Erstattung von Kapitalertragssteuer an Kleinrentner. Die Frist für die Geltendmachung von Erstattungsansprüchen für Kapitalertragssteuer für im Jahre 1920 bezogene Zinsen läuft nach den Ausführungsbestimmungen zum Kapital-Ertragssteuergesetz am 31. 12. 1921 ab. Da diese Fristbestimmung den Kleinrentnern vielfach unbekannt war, hat der Reichsminister der Finanzen sich nunmehr damit einverstanden erklärt, daß Anträge auf Erstattung der Kapitalertragssteuer für die im Kalenderjahr 1920 bezogenen Kapitalerträge noch bis zum 30. September 1922 bei den zuständigen Finanzämtern eingereicht werden können. Zur Antragstellung berechtigt sind: Kleinrentner, die im Jahre 1920 ein Einkommen unter 10 000 Mk. hatten, das hauptsächlich aus Kapitalzinsen bestand, über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig waren. Die Anträge sind für Lübeck an das Finanzamt, Fleischhauerstraße 20, zu richten.

Mieterschaft und Reichsmietengesetz. Am Sonntag tagte in Neumünster eine Versammlung der Vertreter des Verbandes Norddeutscher Mietervereine, an der auch Lübecker Vertreter teilnahmen. Dort wurde nachstehende Entschließung gefaßt: „Die am 24. September 1922 in Neumünster versammelten norddeutschen Mietervertreter legen einmütig und aufs entschiedenste Verwahrung ein: 1. gegen die schleppende Festsetzung und Genehmigung der gemeindlichen Bestimmungen für Durchführung des Reichsmietengesetzes; 2. gegen das weitere Abwarten neuer Nachgiebigkeiten des Wohlfahrtsministeriums zugunsten der Häuserspekulation; 3. gegen die ungerechtfertigt hohen Zuschläge, wie sie unter Außerachtlassung der entsetzlichen Notlage des zu 93 Proz. als Mieter wohnenden Volkes u. a. für Kiel und Flensburg festgesetzt sind, insbesondere 4. gegen die Bewilligung zu hoher Zuschläge für den kleinen Rest laufender Instandsetzungskosten, die erheblich zu kürzen sind, wo ein wesentlicher Teil der Instandsetzungskosten den Mietern selbst auferlegt, ein anderer wesentlicher Teil den sogenannten großen Instandsetzungskosten zugezählt und nur ein Kreis teils unerheblicher, teils mehr oder minder seltener Arbeiten vom Hausbesitz auszuführen ist; 5. gegen die Belastung der Laden- und Werkstattmieter mit besonderen Zuschlägen zugunsten der Häuserspekulation; 6. gegen die Neigung, die unsozialen Hamburger Ausführungsbestimmungen auf Altona, Wandsbek und andere preußische Städte irgendwie zu übertragen, anstatt umgekehrt der Hamburger Verwaltung die Anpassung an die immer noch gerechteren preußischen Ausführungsbestimmungen nahezulegen; 7. gegen die Untätigkeit in der Frage des Baustoffwuchers, in der Frage eines Bodensperr-, Hypothekensperrgesetzes und eines übertragbaren Verkaufsrechtes des Reiches, des Staates, der Gemeinden oder öffentlicher Körperschaften für alle Verkäufe von Häusern und Boden außerhalb der engeren Familie, insbesondere beim Verkauf an Ausländer oder deren Hintermänner."

Milch 38 Mark. Für die kommende Woche wurde der Milchpreis pro Liter auf 38 Mark festgesetzt. Das ist wieder eine Erhöhung von 2 Mark für den Liter.

Hilfshundertmarkscheine. Wie das Direktorium der Reichsbank in Berlin mitteilt, wird in den nächsten Tagen ein Hilfshundertmarkschein herausgebracht. Zur Bekämpfung der Bargeldnot sind Druckereien in einer ganzen Anzahl von Provinzstädten zum Notendruck herangezogen worden. Infolgedessen wird es möglich sein, von Beginn des nächsten Monats ab täglich acht Milliarden Bargeld in den Verkehr zu werfen, worin die Notgeldausgaben verschiedener Städte mit eingerechnet sind. Man erwartet, daß bei einem solchen Zustrom neuer Scheine, zu denen sich dann auch bald der 50 000-Mark-Schein gesellen wird, die Geldaufkäuferei aufhören wird. Gegen verschiedene Bargeldaufkäufer sind bereits Verfahren eingeleitet worden. Man erwartet, daß im Laufe des Oktobers ein großer Rückstrom von Bargeld in die Kassen der Reichsbank erfolgen und dadurch eine wesentliche Entspannung der Lage eintreten wird.

Ein Streichholz — sechs Pfennig. Ein sehr wenig beachteter, weil täglich benötigter Gegenstand ist das Streichholz. Wie sehr auch für diesen kleinen Gegenstand die Preise heute ins Gewicht fallen, zeigt folgende Rechnung. Vor dem Kriege kostete das Paket mit 10 Schachteln Streichhölzern, in dem sich ungefähr 64 Stück befanden, 10 Pfg. Man erhielt also 64 Stück für einen Pfennig. Jetzt enthält eine Schachtel ungefähr 40 Hölzer, von denen durchschnittlich 30—32 brennen; dafür bezahlt man 2 Mk., so daß jedes Streichholz 6 Pfg. kostet. Dafür erhielt man früher schon eine sehr rauchbare Brasilzigarre.

An unsere Postbezieher!

Vom 1. Oktober ab kann der „Volksbote" auch für den einzelnen Monat durch die Post bezogen werden. Die Postbezieher sind somit nicht mehr gezwungen, das Bezugsgeld für ein ganzes Vierteljahr im voraus zu entrichten. Wir ersuchen unsere Postbezieher, den „Volksboten", soweit es noch nicht geschehen ist, umgehend zu bestellen. Alle Postämter, sowie die Landbriefträger nehmen Bestellungen auf den „Volksboten" entgegen.

Verlag des „Lübecker Volksboten".

Ueberfallende Früchte gelten als Früchte des Grundstücks, auf das sie gefallen; sie gehören also dem Eigentümer bezw. Nutzungsberechtigten dieses Grundstücks. Solange die Früchte jedoch vom Baum und Strauch nicht getrennt sind, gehören sie dem Eigentümer bezw. Nutzungsberechtigten des Grundstücks, auf dem der Baum bezw. Strauch steht. Der Nachbar ist nicht berechtigt, Früchte von überhängenden Zweigen abzuschütteln, solche Früchte, die er abschüttelt, gehören ihm nicht. Der Eigentümer des Grundstücks, auf dem der Baum oder Strauch steht, ist berechtigt, die an den überhängenden Zweigen noch hängenden Früchte durch Hinüberlangen abzupflücken.

Als Nothafen angelaufen. Der Schoner „Helene", der mit einer Ladung Holz von Hargshamn nach Lübeck bestimmt ist, mußte wegen Mangels an Proviant Saßnitz als Nothafen anlaufen.

Bestellung von Telegrammen und Eilsendungen. Auch im Winterhalbjahr 1922/23 werden Eilsendungen und Telegramme in der Zeit von 9 Uhr abends bis 7 Uhr vormittags nur unter gewissen Voraussetzungen bestellt, und zwar Eilsendungen, wenn der Absender dem Eilbestellvermerk hinzugefügt hat „auch nachts"; Telegramme, wenn sie den Vermerk „Nachts" tragen, oder wenn die Ankunftsanstalt aus dem Inhalt zu erkennen vermag, daß sie wirklich dringlicher Natur sind.

pb. **Ermittelt und festgenommen** wurden zwei Arbeiter aus Hamburg wegen Fahrraddiebstahls. Die Festgenommenen waren gestern von Hamburg aus hier zugereist gekommen. Sie gingen vom Bahnhof aus in die Stadt und suchten hier Gelegenheit zu Fahrraddiebstählen. Es ist ihnen auch gelungen, ein Fahrrad aus einem Hause der Königstraße und ein Fahrrad zu stehlen, welches vor dem Hause der Dresdener Bank in der Breiten Straße hingestellt gewesen war. Die Fahrräder brachten die beiden geriebenen Burschen sofort nach dem Bahnhof, wo sie zur Beförderung nach Hamburg aufgegeben wurden. Dieses wurde ihnen jedoch zum Verhängnis, denn das eine gestohlene Fahrrad konnte im Gepäckaufbewahrungsraum von dem Geschädigten wiedererkannt und beschlagnahmt werden, während das zweite Rad, welches bereits nach Hamburg abgesandt war, wieder zurückgeholt werden konnte.

pb. **Wegen Betruges** wurde eine Arbeiterin festgenommen. Diese hatte sich mit einem Herrn befreundet, von dem sie sich unter einem bestimmten Versprechen einen Hut im Werte von 800 Mk. schenken ließ. Nachdem sie in den Besitz desselben gelangt war, hatte ihr freigebiger neuer Freund das Nachsehen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Freitag: „Der Liebhaber", Lustspiel von Shaw. Für die Volksbühne wird am Sonnabend: „Die Jüdin" gegeben. Sonntag nachmittag: „Fiesco". Zum ersten Sinfoniekonzert findet die öffentliche Hauptprobe am Sonntag vormittag statt. Abends wird „Carmen" gegeben mit Erna v. Hoeßlin in der Titelrolle. Die Künstlerin ist die Gattin des hier bekannten Dirigenten Franz v. Hoeßlin.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Gegen die kommunistischen Quertreiber. Der Hauptausschuß Groß-Hamburg des allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes hatte Mittwoch abend eine Betriebsräte-Vollversammlung einberufen, die überfüllt war. Man nahm zu den Maßnahmen der Spitzenorganisationen gegen die Teuerung Stellung. Auch wurde die Frage des Reichsbetriebsrätekongresses sehr lebhaft besprochen. Mit großer Mehrheit lehnte die Vollversammlung einen wilden Reichsbetriebsrätekongreß ab und stellte sich auf den Boden der Spitzenorganisationen. Die Versammlung forderte die Organisationsvorstände auf, aus der Teilnahme an dem wilden Kongreß die nötigen Folgerungen zu ziehen.

Hamburg. Fünf Milliarden Mark Notgeld. Wie in zahlreichen anderen Städten, soll auch in Hamburg zur Behebung des Bargeldmangels Notgeld herausgegeben werden. Es handelt sich um eine Summe von nicht weniger als 5 Milliarden Mark. Die Laufzeit ist zunächst auf zwei Monate beschränkt worden.

Neumünster. Großen Lederdiebstählen, bei denen den Dieben und Hehlern für rund 2½ Millionen Mark Ware in die Hände fiel, ist die Neumünstersche Kriminalpolizei auf die Spur gekommen; gegen 44 Personen ist das Strafverfahren eingeleitet, von diesen sind acht in Haft genommen worden.

Theatersorgen.

Die primären Sorgen eines Bühnenleiters sind im Gegensatz zu früher heute hauptsächlich rein finanzieller Natur. Das Künstlerische soll und muß obenan stehen; die wirtschaftlichen finanziellen Anforderungen sind aber nun so gewichtig, so gebieterisch geworden, daß von ihnen die Existenz der Theater mehr denn je abhängt. Die rechnerischen Grundlagen sind ja in allen Zweigen des tätigen Lebens unsicher geworden, aber die Theater sind ganz besonders in eine ungünstige Lage versetzt worden. Es ist eben nicht möglich, die Eintrittspreise in kleinen und mittleren Städten der Geldentwertung oder dem Ausgabeetat entsprechend zu erhöhen.

In normalen Zeiten standen im Theaterbetrieb die Gagen fest, die vertraglich für die ganze Spielzeit vereinbart waren. Andererseits auch die Eintrittspreise. Schwankend war nur der Besuch der Vorstellungen, der oft, besonders im Schauspiel, sehr zu wünschen übrig ließ. Nun ist alles auf den Kopf gestellt. Der Besuch, auch der des Schauspiels, ist sehr stark gestiegen. Waren früher ausverkaufte Häuser selten, so sind jetzt die schlecht besuchten Vorstellungen auffallend. Dazu konnte fast in jeder Stadt die Spielzeit ausgedehnt werden. In Lübeck von sieben auf zehn Monate. Ein gewichtiger Faktor für den Ausgabeetat ist diese Ausdehnung der Spielzeit. Man muß sich nur vor Augen halten, daß früher die Bezahlung des Personals eine nur siebenmonatige war.

Ich bin mit Beginn meiner hiesigen Tätigkeit für eine Ausdehnung der Spielzeit und damit für eine ganzjährige Bezahlung des Personals eingetreten. Diese vom sozialen Standpunkt gebieterisch zu fordernde Maßnahme hat sich als richtig erwiesen. Lebenshaltung, Reisen und Wohnungsfrage sind ja jetzt von solcher Bedeutung, daß kein Wort zur weiteren Begründung einer ganzjährigen Bezahlung der Mitglieder notwendig ist. Allerdings ist der Ausgabeetat durch die ganzjährige Bezahlung stark gestiegen. Es ist natürlich ein Unterschied, ob ein großes Personal nur 7 Monate oder 12 Monate bezahlt werden muß. Da höre ich schon: großes Personal — vielleicht zu großes Personal!? Denkender Leser urteile selbst:

Fest steht das Orchester mit . . .	52	Musikern
	1	Orchesterdiener
Chor	34	Mitglieder
Ballet mit Meisterin	7	
technischer Vorstand	1	
Bühnenarbeiter 17, Meister 1, Requisiteur 1, Tapezier u. Tischler	21	
Beleuchter	3	
Obergarderobier und Schneider .	3	
Obergarderobiere u. Schneiderinnen	3	
Herren- und Damenfriseur . . .	3	
Rendantur, Bureau und Kasse . .	7	
2 Inspizienten, 2 Souffleusen . .	4	
Dazu kommen die Solisten für Schauspiel inkl. Vorstände . .	21	
für Oper inkl. Vorstände . .	24	
Heizung, Reinig., Wache, Pförtner	13	
	197	Personen

Zu diesen 197 ganzjährig und vollbeschäftigten Mitgliedern, Angestellten und Arbeitern kommen an Personen, die nur während der Vorstellungen tätig sind:

Hilfsankleider u. Ankleiderinnen .	5	
Requisiteurgehilfin	1	
Hausstatisten	12	
Garderobefrauen und Türschließerinnen	29	
	47	Personen

Für diese Gesamtzahl von 244 Personen ist für Löhne und Gehälter und Gagen nach dem Stand des Oktober für die ganze Spielzeit erforderlich eine Summe von rund 18 800 000 Mk., dazu an Betriebskonto 2 500 000 Mk., zusammen 21 300 000 Mk.

Das Betriebskonto enthält Ausgaben für elektrischen Strom, Gas, Wasser usw., Materialleihgebühr, Tantiemen, Haft- und Unfallversicherung, Reparaturen, Reinigung, Frachten, Transporte, Porti, Telephon, Telegramme, Drucksachen, Reklame, Unkosten für Reisen, Unterhaltungen des Fundus, Inventar, Kostüme, Vorhänge, Teppiche, Dekorationen. Die Gesamtausgaben sind nach dem Voranschlag und dem Abschluß der Verträge um rund 16 1000 000 Mark gestiegen. Durch Erhöhung der Eintrittspreise, günstiges Ergebnis der Abonnements usw. kann mit einer Mehreinnahme von 7 000 000 Mk. gegenüber dem Voranschlag bestimmt gerechnet werden, sodaß durch Rat- und Bürgerschluß als weitere Subvention für den Betrieb des Theaters und Orchesters 9 100 000 Mark erbeten werden mußten.

Den Zuschuß in Grenzen zu halten, mußten die Eintrittspreise ab 1. Oktober durchschnittlich um 50 Prozent erhöht werden. Damit wird die Bühnenleitung in die Notwendigkeit versetzt, auch die Abonnementsbeträge für die erste und bereits gezahlte Quote um 50 Prozent zu erhöhen; allerdings nur für die Vorstellungen von 11 bis 20. Man hat in anderen Städten (Hamburg, Kiel usw.) die ganze Abonnementsquote um 100 Prozent erhöht. Theaterbehörde und Direktion glauben nun mit einer bescheidenen Erhöhung von 50 Prozent für die halbe Quote allseitiges Verständnis in den Kreisen der Abonnenten zu finden. Denn es handelt sich nicht nur darum, die jetzige Spielzeit günstig durchführen zu können, sondern um den Fortbestand des Theaters überhaupt. Für jeden, der die kulturelle Bedeutung des Theaters richtig einzuschätzen versteht, muß es von vornherein feststehen, daß alles versucht werden muß, Theater und Orchester in seiner einmal errungenen Ausdehnung voll zu erhalten.

Wenn dem entgegengehalten wird, daß die Mittel zu hoch sind, einen so kostspieligen Betrieb wie ein Theater und Orchester zu erhalten, daß wir angesichts der schwierigen Geldlage so gewaltige Summen wie sie heute ein Theaterbetrieb und Orchester erfordern, einfach nicht mehr aufzubringen vermögen, so erweckt dies vorerst den Anschein, als koste ein Theater heute wesentlich mehr als in früheren Zeiten. Eine gerechte Beurteilung des Gesamtkostenpunktes eines Theaterbetriebes wird jedoch die Geldentwertung in Betracht ziehen müssen, denn ergibt sich an Hand eines Vergleichs 1918/19 bis zu dem eingangs angegebenen Berechnungszeitpunkt der jetzigen Spielzeit folgendes: Die persönlichen Ausgaben inkl. Orchester sind gestiegen um das 40fache, die sachlichen Ausgaben (Betriebskonto) sind gestiegen um das 21fache, die Eintrittspreise sind gestiegen um das 20fache, die Gesamteinnahmen sind gestiegen um das 20fache. Der Geldwert ist jedoch um das 100fache gesunken. Wenn bei der Geldentwertung nur eine 50fache Senkung angenommen wird, arbeitet der Theaterbetrieb äußerst günstig, krankt lediglich an der Unmöglichkeit, die

7958 PUTZT EURE ÖFEN NUR MIT Emaileline

Eintrittspreise der Geldentwertung entsprechend erhöhen zu können.

Man nehme die heutigen Kosten irgend eines Bedarfsartikels und vergleiche ihn mit den Tageseintrittspreisen oder der Abonnementsquote für eine Spielzeit! Dem wird entgegengehalten, daß das Theater keine unbedingte Notwendigkeit ist. Ja, darum können ja auch die Eintrittspreise nicht der Geldentwertung entsprechend gesteigert werden. Wäre dies möglich, so würde ein Zuschuß zum Theater- und Orchesterbetrieb nicht notwendig sein. Die Theaterpreise um das 50fache gesteigert, würde bei gleichem Besuch wie heute die Einnahmen und Ausgaben in Bilanz bringen.

Die Subvention, welche die Stadt dem Theater und Orchesterbetrieb zukommen ließ, betrug 1918/19 für eine 7½monatige Spielzeit rund 300 000 Mk. Das sind für einen Monat 40 000 Mk. Nach der heute verlangten Subvention für 1922/23 würde die Subvention pro Monat rund 1 000 000 Mk. betragen; mithin das 25fache. Nimmt man den Zuschuß der Stadt nicht ziffernmäßig, sondern **wertmäßig**, so kommt man zu einer günstigen Vergleichszahl gegenüber den Zuschüssen, die andere städtische Einrichtungen früher und jetzt beanspruchen. Eine Stadt, die nach dem Voranschlag für das Rechnungsjahr 1922 allein für Justiz-, Gefängnis- und Feuerlöschwesen 20½ Millionen zahlt, darf für die kulturellen und künstlerischen Auswirkungen der Bühne 3 100 000 Millionen opfern. Ziffernmäßig werden diese Summen mit der Geldentwertung steigen, **wertmäßig** jedoch müssen sie eingeschätzt werden.

Es steht nicht mehr die Frage auf dem Spiel: Kann Lübeck sein Theater erhalten, es geht im allgemeinen um die deutsche Kunst, um die Erhaltung des Wertvollsten und Bedeutendsten, das uns nach dem Kriege blieb. Kein Volk der Erde hat ein so hochstehendes Musik- und Bühnenleben, wie das deutsche Volk. Kein Land hat eine bis in seine Provinzstädte so ausgedehnte, hoch entwickelte Theater- und Musikkultur, weil kein Volk, kein Land diese Kulturen auf solche Geistesheroen aufbauen konnte wie das deutsche Volk: Goethe, Schiller, Hebbel, Kleist, Bach, Gluck, Beethoven, Mozart, Weber, Wagner, Strauß! Diese Namen aber legen uns Verpflichtungen auf.

Gewiß müssen die schweren Lasten, die die Städte-Verwaltungen zu tragen haben, weitgehendst berücksichtigt werden. Alle unnötigen Ausgaben müssen vermieden und erhöhte Einnahmen erstrebt werden. Aber letzten Endes muß gesagt werden: Ist das Theater für eine Stadt von der Bedeutung Lübecks eine Notwendigkeit, dann müssen die Mittel zur Erhaltung und Durchführung geschaffen werden, wie sie für andere Zwecke auch zur Verfügung gestellt werden müssen.

Daß es überhaupt möglich war, das Theater die letzten Jahre mit einem der Geldentwertung durchaus nicht angepaßten Zuschuß durchzuführen, ist den bescheidenen Bezügen der Mitglieder zu danken gewesen, die von Jahr zu Jahr auf bessere Zeiten vertröstet wurden. Unter den heutigen Umständen ist es aber nicht mehr möglich, von einem Teil des Theaterpersonals Opfer zu verlangen, die einfach nicht mehr geleistet werden können. Auch hier heißt es: entweder — oder!

Die Arbeiter- und Angestelltenbezüge steigen schon seit Jahren mit den Löhnen der städtischen Arbeiter bezw. nach den Bezügen der Reichsbeamtenbesoldung. Die Mitglieder des Orchesters sind seit Beginn dieser Spielzeit der Gruppe 6 der Reichsbeamtenbesoldung entsprechend bezahlt. Ab 1. Oktober sind mit Solo-, Chor- und Ballettmitgliedern Gagen festgesetzt worden, die ab 1. November um den Prozentsatz erhöht oder erniedrigt werden, um den sich die Reichsbeamtenbesoldung verändert. Damit ist dem Gesamtpersonal zum erstenmal eine gewisse Beruhigung der steigenden Teuerung gegenüber gegeben und unerquickliche langwierige Verhandlungen sind überflüssig.

Nun gilt es noch eins! Die jeweils folgende Spielzeit muß bis spätestens 1. Dezember genehmigt werden. Das ist eine Forderung von gewichtiger künstlerischer Tragweite. Daß nur von Jahr zu Jahr der Betrieb gesichert wird, muß bei den unsicheren Zeiten schon hingenommen werden. Wenn jedoch, wie in den letzten drei Spielzeiten, der Etat erst April oder Mai, vor drei Jahren sogar erst im August bewilligt wird, so ist irgendeine Gewähr für eine künstlerische Durchführung der Spielzeit nicht zu bieten. Verträge für die nächste Spielzeit werden gemeinhin von November bis Februar und März abgeschlossen. In Lübeck sind wir seit drei Jahren nicht in der Lage, auch nur ein wertvolles Mitglied der laufenden Spielzeit vor Bewilligung des Etats für die folgende Spielzeit zu verpflichten. Dadurch geht natürlich ein Teil der guten Mitglieder verloren, sie schließen bei den unsicheren Lübecker Verhältnissen anderweitig ab. Mai, Juni und Juli dürfen wir dann unser Personal zusammensuchen. Für diese Spielzeit waren von 44 Solomitgliedern glatt die Hälfte, von 20 Solomitgliedern der Oper 15, für Chor und Ballett 14 neu zu engagieren. Solche Zustände sind auf die Dauer nicht haltbar. Es liegt auch im Interesse der subventionierenden Stadt, wenn der Etat des Theaters frühzeitig erledigt wird, denn zu viele künstlerische und geschäftliche Fragen hängen von der frühzeitigen Dispositionsfähigkeit der Bühnenleitung ab.

Im Interesse der Stadt Lübeck, wie der Deutschen Kunst überhaupt, darf der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß auch durch die Not der Zeit das in Sturm und Brandung gehende Theaterschiff gehalten werde.

Paul v. Bongardt.

Ein Besuch bei kriegsunterernährten Kindern.

Man schreibt uns: An weit ausgedehnten Waldungen und malerisch dazwischen gelegenen Seen vorbei führt uns das Auto von der Till-Eulenspiegel-Stadt **Mölln** nach **Marienwohlde**, wo das Landeswohlfahrtsamt eine früher unansehnliche Baracke, einen Rest aus der Zeit der Notstandsarbeiten, wohnlich und heimisch zu einem **Kinderheim** umgestaltet hat. Keine ins Auge springenden Neubauten sind erfolgt. Alles steht so urwüchsig und natürlich, so einfach und doch so schön da, wie es eben die prächtige Natur dort und der Zweck verlangt. Zweierlei merkt man aber: die offene Hand des Landeswohlfahrtsamtes und des Kreisausschusses und die verständige, liebevolle Hand der Kindermutter, die dort vom frühen Frühjahr bis tief in den Herbst hinein ihres Amtes waltet.

Es ist eine der **Walderholungsstätten** des Kreises **Lauenburg**. Die von den Schulärzten und den Wohlfahrtsärzten der einzelnen Städte und Gemeinden des Kreises ausgesuchten Kinder werden dorthin für eine Aufenthaltszeit von fünf Wochen verschickt. Schwer lungenkranke Kinder kommen dort nicht hin, die werden in Lungen-Heilstätten gesandt. Hier handelt es sich um blutarme und unterernährte Kinder jeglichen Alters vom 6. bis 14. Lebensjahre.

Wir treten näher und sehen dort Liegestühle, in denen die Kinder ruhen. Einige spielen Reigenspiele auf dem Rasen, einige sitzen um ein älteres Mädchen geschart, das ihnen Geschichten erzählt. Alle Kinder noch reichlich bleich und hager. Man sieht ihnen an, daß sie Kriegsopfer sind, Kinder der arbeitenden Bevölkerung des Kreises, die die Hungerblockade viel härter getroffen hat, als die Erwachsenen. Die Kinder sind erst fünf Tage dort. Wenn die Kur von fünf Wochen vorbei ist, sehen sie anders aus, wie wir uns in verschiedenen Orten selbst überzeugen konnten.

Wir betreten nunmehr den Innenraum. Links der kleine Vorratsraum für Holz und Kohlen, für die Liegestühle und sonstiges Gerät, einfach, aber alles ordentlich. Rechts die Küche, in der die Helferinnen das Essen bereiten, kräftiges und nahrhaftes Essen in reichlichen Mengen, Vollmilch, Butter usw., so reichlich, daß erst eine kleine Erziehungsarbeit notwendig ist, um die Kinder an dieses reichliche Essen zu gewöhnen. Es wird nicht nach Fett-, Milch- und Brotkarte zugemessen. Hier leben die Kinder fünf Wochen mitten in der Natur, nur Mädchen; schon nach wenigen Tagen alle Kameradinnen. Sie leben bei guter Ernährung und leichter Beschäftigung nur der Gesundheit, schlafen und liegen, dazwischen kleine Ausflüge, Reigenspiele und Beschäftigungsspiele.

Wir nehmen an der Untersuchung durch den Kreisarzt teil, der der Direktor des Landeswohlfahrtsamtes beiwohnt. Jedes Kind wird gründlich untersucht. Die Gesundheitskarte, die für jedes Lauenburgische Kind in der Schule geführt wird mit regelmäßigen Gewichtsnotierungen und den Eintragungen des Schularztes, wird vorgelegt, der Bericht des behandelnden Arztes ebenfalls. Der Kreisarzt macht Anordnungen für die Behandlung jedes einzelnen Kindes während des Kuraufenthaltes. Man merkte der liebevollen Art des alten Herrn an, daß er mit innerem Glück diese Walderholungsstätte anregte und daß jedes einzelne Kind für ihn ein persönliches Sorgenkind ist. Man sieht auch dem nicht ermüdenden Mitraten und Mitfragen des Wohlfahrtsdirektors an, daß er mit ganzer innerer Kraft an diesem Werk mitarbeitet und versteht nun auch, daß der Kreis ein derartiges soziales Hilfswerk schaffen konnte, ohne auf Ablehnungen oder sonstige größere Hemmnisse zu stoßen, eben weil zwei Menschen, und dazu als dritter der Landrat, mit ihrer ganzen Persönlichkeit dahinter stehen. Die Kosten trägt zum größten Teil der Kreis. Die Heimatgemeinden der einzelnen Kinder bezw. die Eltern der Kinder zahlen für jedes Kind täglich 18 Mk., in bedürftigen Fällen wird dieser Zuschuß wesentlich herabgesetzt, wenn nicht gar erlassen.

So werden bereits im dritten Jahre in fünf Kurperioden die Kinder hinausgeschickt, und wenn wir die Berichte der Wohlfahrtsärzte und der Schulärzte verfolgen, so ist nicht bloß überall über eine erfreuliche Gewichtszunahme zu berichten, sondern vor allen Dingen ein starker Rückgang der eigentlichen Tuberkuloseerkrankungen.

Unser Auto führt uns weiter in die Nähe von **Ratzeburg** nach **Ravenskamp**. Dort wieder die kleine, unansehnliche Baracke mit dem feinen inneren Schmuck und dem wertvollen Gut der zur Gesundung aufgenommenen Kinder. Hier sind es Jungens. Alles so wie in Marienwohlde. Auch hier die sinnige, liebevolle Hand einer jungen Leiterin, die schon nach wenigen Tagen des Aufenthalts von allen Jungens der verschiedensten Altersklassen aus den verschiedensten Orten als stellvertretende Mutter verehrt wird.

Bei der Heimfahrt hatten wir nur den Wunsch, daß diese Einrichtung so lange erhalten bleibe, bis sie durch einen anderen Gesundheitszustand der Kinder, durch bessere wirtschaftliche Verhältnisse überflüssig wird. Die Walderholungsstätten des Kreises Lauenburg sind ein wertvoller Teil der Wiederaufbauarbeit am deutschen Volke.

Aus aller Welt.

Verzweiflungstat einer Mutter. Die Not der Zeit hat in Berlin wieder eine Witwe mit ihren beiden Kindern in den Tod getrieben. Die in Friedenau wohnende Kriegerwitwe Zorn war durch den Verlust ihres im Felde gefallenen Mannes in Schwermut geraten. Als sie nun auch durch Nahrungssorgen in der letzten Zeit in immer größere Bedrängnis geriet, ist sie mit ihrem achtjährigen Sohn und ihrer fünfjährigen Tochter in den Tod gegangen. Nachbarn, die Frau Zorn seit mehreren Tagen nicht mehr gesehen hatten, schöpften Verdacht und ließen die Wohnung der Witwe durch die Polizei öffnen. Diese fand Mutter und Kinder in der Küche tot auf.

Drei Eisenbahnunfälle. Auf der Strecke Kattowitz—Hindenburg fuhr ein vorzeitig abgelassener Personenzug mit voller Geschwindigkeit auf einen Güterzug. Die Lokomotive des Güterzuges wurde aus den Schienen gehoben und beschädigt. Ein Güterzugbeamter und zwei Reisende wurden getötet, ferner über 20 Personen verletzt. — Auf der Strecke Tarnowitz—Georgenberg fuhr die Maschine eines Rangierzuges über einen Prellbock und stürzte die hohe Böschung hinab. Der Lokomotivführer verunglückte tödlich, zwei Beamte wurden schwer verletzt; der Materialschaden ist beträchtlich. — Auf der Strecke Warschau—Demblin fuhr ein Personenzug bei Ruda-Taburska auf einen Güterzug. Vier Personen wurden getötet und 20 verletzt. Vier Güter- und drei Personenwagen wurden schwer beschädigt.

Sturmschäden in Pommern. Ein orkanartiger Sturm hat in der Provinz Pommern überall schweren Schaden angerichtet. So wurden in Brüsewitz, Kreis Saatzig, zwei große Windmühlen durch den Sturm umgerissen und vollständig vernichtet. In verschiedenen Dörfern wurden aus Holz erbaute Ställe umgeworfen. In Vor- wie in Hinterpommern ist besonders an den Obstbäumen großer Schaden angerichtet worden. In Stralsund wurde durch den Sturm ein Schlachterwagen in den Hafen getrieben und versank. Der Fährverkehr konnte nur unter großen Schwierigkeiten aufrecht erhalten werden. Auch die Fischerei hat großen Schaden erlitten, da vielfach die Netze abgetrieben und zerrissen wurden.

Zeichen der Zeit. In München auf dem Oktoberfest hat sich auf der Festwiese in einer großen Bierbude ein Sattler vor allen Leuten erschossen, als er den Verlust seines Mantels bemerkte.

Quittung.

Von Hut-Ziehe gingen ein:

Für den Pressefonds	200 Mk.
Für die Altershilfe	200 „
Für das Kinderheim Vorwerk	100 „

Charlotte Seidel
Walther Westphal
Verlobte. (7385
Lübeck, 28. Sept. 1922.

Berufstät. jung. Frl., d. ev. Haus- o. Näharb. übern., s. möbl. Zimm. Ang. unt. A 435. (7407

Eine Hand-Harmonika zu kaufen ges. (7378 Ang. u. A 419 a. d. E.

Teppich zu kauf. gesucht. 7401) Ang. u. A 434 a. d. E.

N. br. Stief. 44, z. verk. geg. 45, od. z. verk. 7409) Hüxstr. 42, II.

Kürbis z. verkaufen. 7394) Sedanstr. 26, I.

Billig zu verkaufen: Stühle, Kinderbettstelle, Waschtisch. (7415 Gr. Vogelsang 13a.

Anzug u. eleg. Kostüm (rein. Wolle) billig z. verk. 7402) Pfaffenstr. 13, I.

Billig! Billig!
Radfahrer!
Mäntel und Schläuche, nur solange Vorrat.
A. Meyer, Händler,
7416) Gr. Vogelsang 13a.

Morgenfrau gesucht.
7391) Lindenstr. 40a I.

Ein Schulmädchen für nachmittags. (7395 Lübecker Str. 62.

Für die innere Stadt
ein Bote
gesucht. Genossen, die Zeit und Lust haben, wollen sich melden im 7392) Sekretariat, Johannisstraße 56, p.

Torfverkauf
Holstenbrücke
Ztr. 95 Mk. ab Kahn.
Telephon 3529. (7386

Schuh-Buchholz,
Schwartauer Allee 4 Gr. Burgstraße 36
hat noch preiswerte Waren aller Art! (7340

Die Reichsmonopol-Verwaltung für Branntwein hat den Spritpreis wiederum weit über 100 % erhöht, daher waren auch wir genötigt, unsere Preise dementsprechend heraufzusetzen. (7390
Interessengemeinschaft
der Spirituosenhändler
Lübecks u. Umg.

Ich hafte nicht für die Schulden meiner Frau. 7417) A. Meyer, Gr. Vogelsang 13a.

Ia. Salon-Briketts
und
Winter-Kartoffeln
empfiehlt (7411
Wilhelm Süfke
Schwartauer Allee 82a.

Noch sparen Sie Geld.
Durch gr. früh. Einkäufe bin ich noch heute in der Lage, zu folg. Preisen zu verk.: Eleg. Schlafzimmer u. echt. Marmorn. 39 500, Eßzimmer von 49 500, Garnituren von 11 000, Küchen von 8 500, 2 gl. Bettstell. 9 500, sow. regl. Einzelmöbel billig. Besichtig. ohne Kaufzwang.
E. P. Stüwe,
Böttcherstraße 10, (7406
Breite Str. 21, ptr., l.

Achtung! Achtung!
Durch günst. Abschluß bin ich in der Lage, für
Gold, Silber, Platin, Bestecke, Münzen, alte Uhren
(auch zerbrochene) die
höchsten Preise zu zahlen.
Ich zahle für:
Gold 18 kar., v. 500—700 M p. Gr. 14 kar., v. 350—500 M p. Gr. 8 kar., v. 150—250 M p. Gr.
Silber v. 15-25 M pro Gramm Platin v. 3000-4000 M pro Gramm
Für gute Sachen zahle Liebhaberpreise.
Bernhard Friedmann
Fleischhauerstraße 26, Laden. (7393

Als modernste Hutgarnitur empfehlen wir:
Strauß- und Reiher-Gestecke,
neu aufgenommen: Damenhüte.
Straußfedern-Industrie, Gr. Burgstr. 7, I. (7404

Alle
Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (7114
Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10

Eine Partie
Futterkartoffeln
zu verkaufen.
Schwartauer Allee 41a.
Telephon 8822. (7410

Empfehle zu heute und morgen prima
jung. Roßfleisch
u. geräuch. Mettwurst, Gehacktes u. Knackwurst
Fr. Kollmann,
Reiferstr. 8.
Fernspr. 2450. (7405

Schuhmacher-Zwangs-Innung.
Der Stundenlohn beträgt ab 28. September 74.75 Mk. (7418

Wir erhöhten unsere Preise ab 28. d. Mts. (7428
Vereinigte Mineralwasserfabrikanten von Lübeck und Umgegend.

Referentenführer.
Von Eduard David.
Mk. 10.—
Buchhandlung Fr. Meyer & Co.

Das beste Gewürz
für Milch- und Mehlspeisen, Saucen, Kakao, Tee, Puddings, Kuchen, Torten, Eis und als Zusatz zu solchen eingemachten Früchten, die nur ein schwaches Aroma haben, wie z. B. Apfelgelee, Marmelade etc. ist
Dr. Oetker's Vanillin-Zucker
Hiermit kann man den Speisen und Getränken auf die einfachste Weise den feinen Vanille-Geschmack und das köstliche Vanille-Aroma geben. Vielfach wird nun sog. Vanillin-Zucker zu vielleicht etwas billigerem Preise angeboten, der jedoch einen so geringen Vanillin-Gehalt hat, daß Geschmack und Aroma schon beim Lagern in den Geschäften sich verflüchtigt hat.
Man achte daher beim Einkauf darauf, daß man nur
Dr. Oetker's Fabrikate
mit der Schutzmarke
„Oetker's Hellkopf"
erhält.